

Patrick Lawrence: Deutschland in der Krise Teil 1 – Der verlorene Mann Europas

Übersetzung [des Artikels von Patrick Lawrence für ScheerPost](#)



Friedrich Merz, Julia Klöckner; CDU ZUKUNFTSKONGRESS am 27.04.2023 in Berlin (Tempodrom), Deutschland (by [Dr. Frank Gaeth](#)) | [Wikimedia Commons](#)

Von Patrick Lawrence / Original für ScheerPost

Dies ist der erste von vier Berichten über die Krisen, die Deutschland derzeit plagen – worin sie bestehen, welche Geschichte ihnen zugrunde liegt und wie die Deutschen darüber nachdenken, wieder einen Weg nach vorn zu finden.

Ich danke Eva–Maria Föllmer–Müller und Karl–Jürgen Müller aus Bazenheim, Schweiz, für ihre unermüdliche Unterstützung bei der Berichterstattung und beim Schreiben dieser Serie.

Von den vielen Aussagen – klugen, weisen und auch dummen –, die am Sonntagabend, dem 23. Februar, bei der Bekanntgabe der Ergebnisse der deutschen Bundestagswahl gemacht wurden, war für mich der Ausruf des künftigen Bundeskanzlers der Bundesrepublik am bemerkenswertesten: „Wir haben gewonnen“, verkündete Friedrich Merz vor seinen Anhängern in Berlin, als die Wahltagsbefragungen, die sich als richtig erwiesen, der konservativen Christlich Demokratischen Union den größten Stimmenanteil zusprachen.

Merz gehört zu jenen Politikern, die erst reden, bevor sie denken, und niemand scheint diesen Ausbruch als mehr als die Wahlkampfreden eines überschwänglichen Siegers aufgefasst zu haben. Ich habe es anders verstanden. Für mich verrieten Merz' vier Worte eine Nation in der Krise: ihre Politik und Wirtschaft im Chaos, ihre visionslose Führung, ihr allgegenwärtiges

Unbehagen, die immer tiefer werdenden Gräben unter den 83 Millionen Deutschen – Deutschlands Unfähigkeit, sagen wir, mit sich selbst zu reden oder auch nur zu verstehen, was es bedeutet, zu sagen: „Wir haben gewonnen.“

Das „Wir“ des engstirnigen Merz bezieht sich auf die von ihm geführte CDU und ihren langjährigen Partner, die Christlich-Soziale Union. Doch wie engstirnig ist dieser Siegesbegriff für jemanden, der nicht nur nationale Führungspersönlichkeit, sondern auch die Führungspersönlichkeit Europas sein will? Die CDU/CSU erhielt knapp 29 Prozent der Stimmen, gerade genug für die Bildung einer neuen Regierungskoalition. Damit bleiben 71 Prozent der deutschen Wähler, die leer ausgingen.

Das „Wir“ des nächsten Kanzlers – um gleich auf die größere Bedeutung der deutschen Wahlen einzugehen – sollte uns alle im Westen alarmieren, nicht nur in Deutschland, wenn man bedenkt, wohin Merz und seine Koalitionspartner die Bundesrepublik führen wollen. Sie haben ihre radikalen Absichten bereits vor Merz' formellem Amtsantritt deutlich gemacht. Sie wollen die fortschrittlichste Sozialdemokratie Europas zugunsten einer schnellen, radikalen Wiederaufrüstung abschaffen – die allein schon angesichts der deutschen Geschichte schockierend ist – und zu den stets gefährlichen Feindseligkeiten des Kalten Krieges zurückkehren. Das Tempo dieser Wende scheint alle zu überraschen: Am Montag, dem 1. April, begann die Bundeswehr mit der Stationierung einer Panzerbrigade in Litauen, dem ersten längerfristigen Auslandseinsatz deutscher Truppen seit dem Zweiten Weltkrieg.

Die Geschichte, auf die ich mich in dieser Serie beziehe, geistert wie ein Geist um diesen Wendepunkt. Viele sahen in der Nachkriegsrepublik das Versprechen, dass die transatlantische Welt eine neue Richtung einschlagen könnte, dass der Westen – ich fasse es kurz – eine humanistischere oder humanisiertere Form der Demokratie entwickeln könnte. In den 1960er Jahren schuf Ludwig Erhard, Wirtschaftsminister unter Konrad Adenauer, die *Soziale Marktwirtschaft*, ein Modell, das in erheblichem Widerspruch zum marktwirtschaftlichen Fundamentalismus stand, den die USA damals der Welt aufzwangen. Sie verlieh den Gewerkschaften Macht, verschaffte Arbeitnehmern Sitze in den Vorständen von Unternehmen und weckte damit den Gedanken, Europas sozialdemokratische Tradition könne die Exzesse des Kapitalismus endlich zähmen.

Ende der 1960er Jahre entwickelte Willy Brandt, der sozialdemokratische Außenminister und spätere Bundeskanzler, seine lange gefeierte *Ostpolitik*, eine Politik, die die Bundesrepublik gegenüber ihren Nachbarn im Ostblock und der Sowjetunion öffnete. Dies war nicht nur eine Absage an Washingtons Gegenposition zum Kalten Krieg; vielmehr war es eine entschiedene Antwort auf die antirussische Feindseligkeit, die die deutsche Geschichte seit einem Jahrhundert prägt.

Wer diese Geschichte kennt, erkennt die Wahlen vom Februar als eine Niederlage erheblichen Ausmaßes, die weit über die vor kurzem noch mächtigste Nation Europas hinausreicht. Friedrich Merz und seine Koalitionspartner – darunter eine Sozialdemokratische Partei, die feige genau die Tradition verworfen hat, die sie einst verfochten hatte – haben mehr, viel mehr aufgegeben als nur die Vergangenheit der Bundesrepublik. Wer die Hoffnung hegte, der Kontinent könne als Wegweiser in eine geordnetere Welt dienen, ist nun in gewisser Weise beraubt und hat einen Grund weniger zu hoffen, dass der wankende Westen seinen Weg aus dem Teufelskreis des Niedergangs findet, in den er geraten ist.

Merz ist ein Mann der Widersprüche, was ihn zugegebenermaßen nicht von den Politikern der Mitte in Deutschland oder anderswo im Westen unterscheidet. Er wird nun als der hoffnungslos widersprüchliche Führer des deutschen Volkes bekannt werden. Seine dringlichste innenpolitische Verantwortung ist die Wiederbelebung einer Wirtschaft, die die neoliberale Koalition unter seinem glücklosen Vorgänger Olaf Scholz fast in den Ruin getrieben hat. Nehmen Sie Platz, während sich diese Katastrophe anbahnt.

Merz ist ein virulenter Russophobiker – darin ist er, wie man mir sagt, so energisch wie kein anderer Nachkriegspolitiker – und er setzt sich entschieden für eine Ausweitung der deutschen Unterstützung für den Krieg in der Ukraine ein. Doch die deutsche Wirtschaft kann einfach nicht wiederbelebt werden, ohne dass Deutschland beschließt, seine enge, ganz natürliche Verflechtung mit Russland wiederherzustellen, insbesondere, aber nicht nur im Energiebereich. Der Aufbau einer Billionen-Euro-Kriegsmaschine ist ein unbeschreiblicher Akt politischer Verzweiflung: Je erfolgreicher er als Konjunkturprogramm ist, desto mehr wird er die deutsche Sozialdemokratie zerstören und – nicht zu vergessen – die Regierung mit enormen Schulden belasten. Was die Torheit des von den USA inspirierten Stellvertreterkriegs in der Ukraine betrifft, so wird jedes Bekenntnis der neuen Regierung zur weiteren Unterstützung des korrupten, nazifizierten Regimes in Kiew – finanziell, militärisch, politisch und diplomatisch – einen größeren Teil der deutschen Bevölkerung verprellen.

Deutschlands Dilemma ist das des Westens, nur deutlicher: Es muss sich ändern, es muss eine neue Richtung finden – seine Wähler fordern das –, doch in der aktuellen Form seiner Führung kann sich Deutschland nicht ändern. Deutschland ist unter den westlichen Mächten wohl einzigartig, da das Treten auf der Stelle – das unaufhörliche Hin und Her der Zentristen, um es mit Metaphern zu sagen – kein praktikabler Ausweg mehr ist. Das Land hat dafür schlicht keine Zeit, wenn es einen immer schnelleren Niedergang verhindern will.

Eine bemerkenswerte Zahl deutscher Wähler wechselte im Februar die Partei – Wählerwanderung nennt man dieses Phänomen –, was für das bloße Auge wie ein perverses Himmel-und-Hölle-Spiel wirkt. Die meisten Wähler, die die Sozialdemokraten verließen – und es waren sehr viele, wie der Einbruch der Unterstützung für die SPD zeigt – gingen entweder zur CDU/CSU (letztere hat ihre Wurzeln im konservativen und katholischen Bayern) oder – ob Sie es glauben oder nicht – zur Alternative für Deutschland, dem populistischen, rechten Erzfeind der langjährigen Sozialdemokraten.

Es wird noch merkwürdiger, wie aus [einer Analyse](#) hervorgeht, die Florian Rötzer, ein Kommentator der Wahlnacht, zitierte. „Viele CDU/CSU-Wähler sind tatsächlich zur AfD gewechselt“, bemerkte Rötzer nach Bekanntgabe der Ergebnisse, „aber seltsamerweise auch zur Linken und zum BSW. Die Linke hat massiv zugelegt, aber ehemalige Linken-Wähler sind in geringerem Maße zur AfD und in größerem Maße zum BSW gewechselt.“ Und die Grünen, die mittlerweile lächerlich gewordenen Grünen – neben den Sozialdemokraten die großen Verlierer des 23. Februar – haben Wähler an die Linke verloren, ein vorhersehbarer Schritt, aber auch an die AfD.

Ich kann dieses undurchschaubare Muster nur als gemeinsame Verzweiflung deuten. Und nun sehen Sie selbst: Die Koalition, die Merz mit den Sozialdemokraten bilden wird, zeugt von einer geradezu absurden Gleichgültigkeit gegenüber den Äußerungen der deutschen Wähler. Meiner Meinung nach ist sie jedoch eher als Ausdruck der Angst der deutschen Regierungseliten zu verstehen. Die SPD ist im deutschen Parteiensystem auf den dritten Platz

zurückgefallen und verfügt nun über 30 Sitze weniger im Bundestag als die AfD. Letztere, nun Deutschlands zweitgrößte Partei, wird durch die antidemokratische „Brandmauer“, die die neoliberalen Zentristen Deutschlands offenbar nicht zu beseitigen scheinen, von der Regierungsbildung ausgeschlossen.

Kurz gesagt: Die im vergangenen Herbst gescheiterte Regierung, eine nominell linksgerichtete Koalition neoliberaler Parteien unter Führung der Sozialdemokraten, wird nun von einer Koalition neoliberaler Parteien unter Führung der rechtsgerichteten Christdemokraten abgelöst, zu der mit ziemlicher Sicherheit auch die Sozialdemokraten gehören werden. Dies wäre eine direkte Reproduktion des äußerst unpopulären Bündnisses, das bis 2021 regierte. Die europäische Version von Tweedle-Dee und Tweedle-Dum sah noch nie so harmonisch aus.

Lange vor den Februarwahlen, als bereits klar war, dass eine unfähige neoliberale Führung aus purem ideologischem Eifer die Wirtschaft rücksichtslos geschädigt hatte, bezeichneten Kommentatoren unterschiedlichster Couleur die Bundesrepublik als den kranken Mann Europas. Dieses abgedroschene Klischee lässt sich heute besser widerlegen: Deutschland gilt vielmehr als der verlorene Mann Europas.

Hier ist Patrik Baab, ein bekannter deutscher Journalist und Autor – und ein Mann von erwiesener Integrität in seinen Urteilen, wie ich hinzufügen möchte – in der Wahnacht:

Die Deutschen haben sich heute Abend nicht für Stagnation, sondern für Niedergang entschieden. Ein Volk steuert auf seinen eigenen Untergang zu. Davon werden wir nun mehr bekommen. Die Kriegspolitik der europäischen Eliten soll fortgesetzt werden. Der wirtschaftliche Niedergang wird sich fortsetzen, denn billige Energie und damit ein gutes Verhältnis zu Russland sind nötig, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Daran wird sich vorerst nichts ändern...

Zu Patriks prägnanter Einschätzung möchte ich nur hinzufügen, dass ich, so sehr die Deutschen auch auf ihren Untergang zumarschieren, die unverrückbaren neoliberalen Zentristen der Nation an der Spitze der Kolonne sehe.

■

Das Nachkriegsdeutschland war wohl, und ich würde dieses Argument ohne Zögern vorbringen, der Inbegriff des tiefen Engagements Europas für ein sozialdemokratisches Ethos, das im deutschen Fall von der christlichen Soziallehre geprägt war und seine Wurzeln in der kontinentalen Politik des 19. Jahrhunderts hatte. Frankreich und Deutschland verkörperten, jedes auf seine Weise, am deutlichsten die Distanz der Europäer zum anglo-amerikanischen Liberalismus, dem Neoliberalismus, wie wir seinen Abkömmling nennen. Der Platz des Individuums war auf beiden Seiten des Ärmelkanals unterschiedlich. Freiheit wurde durch die Staatsform erreicht, nicht durch die Freiheit von ihr. Dem Kapitalismus wurden Grenzen gesetzt. Die politische Ökonomie der Europäer war insgesamt humaner.

Deutschland demonstriert nun, wie der Kontinent seine ehrenwerten sozialdemokratischen Traditionen aufgibt und sich mit dem Eifer eines Konvertiten dem Neoliberalismus zuwendet, mit dem die Anglosphäre die westliche Welt belastet hat. Wann, warum und wie überquerte die neoliberale Ideologie den Ärmelkanal – oder, wahrscheinlicher, den Atlantik? Ich bin kein Wirtschaftshistoriker, aber ich erinnere mich, diese ideologische Migration im ersten Jahrzehnt nach dem Kalten Krieg beobachtet zu haben, als Amerikas Triumphalismus

außer Kontrolle geriet. Die Finanzkrisen unseres Jahrhunderts haben die Stellung der neoliberalen Eliten des Kontinents gefestigt – jener, die wir als Austeristen bezeichnen, wenn ihre Ideologie in Politik umgesetzt wird.

Dank enger Freunde und Kollegen verbrachte ich in den Monaten vor den Februarwahlen einige Zeit in Deutschland. Ich stellte Menschen, deren Erkenntnisse mir sehr zugutekamen, tausend Fragen. Und die Frage, die mich so sehr beschäftigte, lautete: Wie konnte Deutschland sich so weit von dem entfernt haben, was es einmal war?

Dieser hartnäckigen Frage werde ich in den folgenden Berichten eine andere Wendung geben.

Patrick Lawrence: Deutschland in der Krise Teil 2: Eine kurze Geschichte explodierender Gaspipeline- lines

Übersetzung [des Artikels von Patrick Lawrence für ScheerPost](#)



Zeremonie zum Baubeginn des Unterwasserabschnitts der Nord Stream-Gaspipeline. Kremlin.ru, CC BY 3.0 <https://creativecommons.org/licenses/by/3.0>, über Wikimedia Commons

Von Patrick Lawrence / Original für ScheerPost

Dies ist der zweite von vier Berichten über die verschiedenen Krisen Deutschlands, die Geschichte ihrer Entstehung und die Überlegungen der Deutschen – abgesehen von den neoliberalen Eliten, die heute an der Macht sind – über ihren Weg in die Zukunft. Teil 1 dieser Serie finden Sie hier.

POTSDAM – Wenn ich an Deutschland denke, fällt mir immer ein einziger, kurzer Satz ein. Was auch immer das konkrete Thema sein mag, früher oder später fallen mir drei Worte ein, die mir – und vielen anderen, da sie so lange im Diskurs überdauert haben – das Wesen der Nation und ihren Platz in der Welt zu beschreiben scheinen.

„Deutschland ist Hamlet.“ Lange Zeit schrieb ich diese markige Feststellung Gordon Craig zu, einem der großen deutschen Schriftsteller und Historiker des 19. Jahrhunderts. Craig (*Deutschland, 1866–1945; Die Deutschen*) war für prägnante Beobachtungen dieser Art bekannt. Er sah Deutschland als eine Nation, die in der Geschichte zwischen ihren humanistischen Errungenschaften (Goethe *et al.*, Kant *et al.*, Thomas Mann *et al.*) und ihrer bedauerlichen Anfälligkeit für verschiedene Formen absoluter Macht gespalten war.

Mit der Zeit entdeckte ich, dass der wahre Autor dieses exquisiten *Gedichts* Ferdinand Freiligrath (1810–1876) war, ein Dichter und politischer Radikaler, der sich und sein Werk der Demokratiebewegung widmete, die zur (gescheiterten) Revolution von 1848 führte. Freiligrath verglich Deutschland 1844 mit Shakespeares berühmter gespaltener Figur – aus Frustration über den einheimischen Konservatismus, der Deutschland von den großen Veränderungen abhielt, die er als dringende Notwendigkeit seiner Zeit ansah.

Ich sehe nicht, dass Freiligraths Aussage das aufhebt, was Craig mehr als ein Jahrhundert später meinte. Und ich glaube auch nicht, dass die Charakterisierung Deutschlands als – was? – zutiefst ambivalente Nation die Bedeutung aufhebt, die dieser Begriff in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts fast zwangsläufig erlangte.

Die Geographie erweist sich im Falle Deutschlands wie auch in vielen anderen Ländern als Schicksal. Es ist nach Westen zum atlantischen Raum und nach Osten zur eurasischen Landmasse ausgerichtet. Folglich war die Geschichte der Beziehungen in beide Richtungen von Ambiguität geprägt. Otto von Bismarck pflegte während seiner Kanzlerjahre von 1871 bis 1890 gute Beziehungen zu Russland. Damals wurde Deutschland erstmals zu Deutschland, und der gefeierte Prinz zeigte der Welt, was *Realpolitik* bedeutete. Dann kamen die beiden Weltkriege und Deutschlands verheerende Militärkampagnen, sowohl nach Osten als auch nach Westen.

In der Nachkriegszeit versteht man diese Ambivalenz, diesen Zustand des „Dazwischen“, nicht als Deutschlands Bürde, sondern als sein großes Geschenk. Und mit diesem Geschenk hätte es uns allen ein weiteres machen können – das Geschenk einer Brücke zwischen Ost und West. Wie anders wäre unsere Welt nach 1945 ausgesehen, wenn Deutschland seinem Schicksal überlassen worden wäre und, indem es sich selbst treu blieb, der Welt das geboten hätte, was es in einzigartiger Weise zu geben vermochte.

In diesem Kontext sollten wir die Entstehung der Nachkriegsordnung in Deutschland und die aktuelle Situation der Bundesrepublik verstehen. Die Deutschen waren nicht für den Kalten Krieg und seine West-Ost-Gegensätze geschaffen, so zerstörerisch diese auch für die bemerkenswerte Entfaltung menschlicher Hoffnungen nach den Siegen von 1945 waren. Das besiegte Deutschland gehörte zu Washingtons wichtigsten Klienten, als es sich gegen Moskau, kurz zuvor noch sein Verbündeter, wandte und die globale Vorherrschaft Amerikas anstrebte. Deutschland und den Deutschen ist dies sehr geschadet.

Das Deutschland der unmittelbaren Nachkriegsjahre, Konrad Adenauers Deutschland, war ein Wiederaufbauprojekt. Der erste Bundeskanzler der neuen Bundesrepublik zählte den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu seinen höchsten Prioritäten. Deutschland unter Adenauer – einem Antikommunisten, einem Europäer und frühen NATO-Befürworter – war ein wohlgezogenes amerikanisches Abhängigkeitsland. Doch Anfang der 1960er Jahre, während der Kennedy-Ära, wuchs in Washington die Sorge um Westdeutschlands künftigen Platz im Kalten Krieg. Und wohin Deutschland sich bewegte, würde der Kontinent wahrscheinlich folgen, so die damalige Logik.

Diese Sorge war nicht unbegründet. Ein Jahrzehnt nachdem der Eiserne Vorhang Deutschland 1949 geteilt hatte, begann die Bundesrepublik dank ihres *Wirtschaftswunders* (das ebenso wenig ein Wunder war wie das japanische Nachkriegswunder) zu prosperieren. Die Deutschen begannen, ihren Blick nach außen zu richten. Zu gegebener Zeit blickten sie nach

Osten, in die Sowjetunion: Sie war eine Industrienation mit einer Rohstoffwirtschaft nebenan. Europa blickte in die gleiche Richtung. Genau darüber begannen sich Washingtons politische Cliquen Sorgen zu machen. Für diese Leute war es zu diesem Zeitpunkt eine Selbstverständlichkeit, dass Amerikas nationale Sicherheitsinteressen und das globale Energieangebot und -bedarf mehr oder weniger untrennbar miteinander verbunden waren. Der Fall Enrico Mattei kann als Maßstab für Amerikas Besorgnis dienen.

Mattei war ein hochrangiger Beamter in Rom, der nach der Niederlage 1945 die Erdölbestände des faschistischen Regimes in die Ente Nazionale Idrocarburi, die allgemein als ENI bekannte Ölgesellschaft, umstrukturierte. Mattei verfolgte mit ENI ehrgeizige Ziele. Und die vielen von ihm ausgehandelten Verträge lassen darauf schließen, dass er eine interessante Politik verfolgte. Unter anderem räumten ENI-Verträge den Ländern, die über Reserven verfügten, drei Viertel der Gewinne zu – ein damals beispielloser Prozentsatz. 1960 schloss Mattei ein großes, bedeutendes Ölabkommen mit der Sowjetunion ab – wiederum zu Bedingungen, die weit über die unter westlichen Ölkonzernen üblichen Ausbeutungsverträge hinausgingen.

Dies war ein gewagter Schritt, wie Mattei offensichtlich verstand. Er erklärte daraufhin, er habe das Erdölmonopol, das die USA über die berühmten „Sieben Schwestern“ lange Zeit genossen hatten, gebrochen oder zumindest dazu beigetragen. Eisenhowers Nationaler Sicherheitsrat hatte Mattei seit den späten 1950er Jahren angegriffen, weil er den amerikanischen Interessen zuwiderliefe. Und das sowjetische Abkommen scheint ein besonders schwerer Schlag gewesen zu sein. Zwei Jahre nach seiner Unterzeichnung kam Mattei ums Leben, als sein Flugzeug auf einem Flug von Sizilien nach Mailand abstürzte. Die zahlreichen nachfolgenden Ermittlungen dauerten Jahrzehnte an. 1997 [berichtete die Turiner Tageszeitung La Stampa](#), Justizbehörden in Rom seien zu dem Schluss gekommen, dass eine an Bord platzierte Bombe Matteis Flugzeug in der Luft zur Explosion gebracht habe.

Obwohl der Fall Mattei offiziell noch immer nicht aufgeklärt ist, gibt es inzwischen zahlreiche Beweise dafür, dass er Opfer eines Attentats der CIA im Rahmen ihrer nicht unbekanntenen Zusammenarbeit mit der Mafia wurde, möglicherweise mit Duldung des französischen Geheimdienstes. „Allgemeines Wissen unter Europäern“, sagte mir kürzlich ein deutscher Freund. „Wir wissen, was mit Mattei passiert ist, so wie ihr Amerikaner wisst, was mit Kennedy passiert ist.“

Auch wenn wir uns – wie es sein muss – nicht auf absolute Gewissheiten beschränken, können wir die Mattei-Affäre als Indikator dafür werten, wie sensibel die Energiebeziehungen zwischen Europa und der Sowjetunion Mitte des Kalten Krieges waren. Der Kern des transatlantischen Konflikts war von Anfang an klar: Die Europäer betrachteten Verträge mit der Sowjetunion als reines Geschäft – solide, logische Ökonomie; für die Amerikaner waren sie Instrumente mit gefährlichen geopolitischen Folgen. Und genau in dieser Frage gerieten Deutsche und Amerikaner seit Jahrzehnten immer wieder aneinander.

Das sowjetische und postsowjetische Russland war bis vor kurzem ein wichtiger Markt für deutsche Produkte und Dienstleistungen. Russlands Importe deutscher Industriegüter – eine breite Palette davon – sorgten jahrelang für eine positive Handelsbilanz Deutschlands. Doch wie die Handelsbilanz schließlich zeigte, verlief das wichtigste Ereignis für die Deutschen in die andere Richtung. Russland brauchte deutsche Industriegüter, weil es industriell schwach

war; Deutschland hingegen benötigte russische Ressourcen dringender, da es über keine großen Rohstoffreserven verfügt.

Große Mengen billiger Energie, die aus Russland importiert werden, Öl und Erdgas sowie hochwertige, hervorragend konstruierte Industrieerzeugnisse, die auf den Weltmärkten verkauft werden: Die Deutschen sprechen oft davon, dass dies das Wirtschaftsmodell sei, das so viele Jahre lang den Erfolg ihres Landes begründet habe. Ich muss dabei wehmütig hinzufügen, denn als ich vor einigen Monaten durch Deutschland reiste, lag dieses Modell bereits in Trümmern.

Und damit kommen wir zur Infrastruktur der gegenseitigen Abhängigkeit, wie wir es auch nennen können. Wir kommen zur Frage der Gaspipelines.

Diese Geschichte reicht von den 1980er Jahren bis zum 26. September 2022, als das Biden-Regime am helllichten Tag die gerade fertiggestellte Erdgaspipeline zerstörte, die unter der Ostsee zwischen russischen und deutschen Häfen verlief. Die Explosionen von Nord Stream I und II haben eine lange Geschichte. Wäre ich Ermittler oder Anwalt in diesem Fall, würde diese Geschichte in meinen Beweisakten eine wichtige Rolle spielen. Lassen Sie uns kurz darauf eingehen.

■

Anfang 1982 begannen staatliche russische Unternehmen mit den Arbeiten an der Transsibirischen Pipeline, einem der Großprojekte der späten Sowjetzeit. Es handelte sich um eine 6000 Kilometer lange Pipeline – genauer gesagt ein ganzes Pipelinenetz –, die Erdgas über verschiedene Routen von Sibirien nach Westen bis zu den europäischen Märkten transportieren sollte. Die Transsibirische Pipeline war nicht die erste Pipeline, die diesem Zweck diente, doch als die ehrgeizigste trug sie maßgeblich zur Festigung der sowjetisch-europäischen Beziehungen bei.

Die europäischen Mächte hatten natürlich ein vitales Interesse an diesem Vorhaben, doch dies lag nur teilweise an der bevorstehenden Verfügbarkeit günstiger Energielieferungen. Die Sowjets hatten mit Dutzenden europäischer Unternehmen Verträge über die für Bau und Betrieb der Pipeline benötigten Komponenten und Ausrüstungen abgeschlossen. Der Wert dieser Verträge belief sich auf rund 15 Milliarden Dollar, heute knapp 50 Milliarden Dollar. Es gab weitere Vereinbarungen über die Finanzierung und den sogenannten Technologietransfer.

Gehen wir kurz zurück ins Jahr 1982. Europa befand sich in einer schweren Rezession. Erinnern Sie sich an „Stagflation“, schleppendes Wachstum und hohe Inflation? Westeuropa befand sich in einer kritischen Lage. Die Arbeitslosigkeit unter den europäischen Großmächten – Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien – lag bei fast 9 %. Die Europäer brauchten Arbeitsplätze; ihre Unternehmen brauchten lukrative Arbeit. Verträge mit den Sowjets über Stahlrohre, Turbinen und andere Ausrüstung – und die Sowjets hielten ihre Verträge ein, wie die Europäer wussten – sollten Europa aus seiner Krise führen; billige Energie würde es dann voranbringen.

Präsident Reagan, der Erz-Kalte Krieger, sprach im Frühjahr 1982 nur noch vom „Reich des Bösen“. Im Dezember zuvor, weniger als ein Jahr im Amt, hatte er amerikanischen Unternehmen verboten, die Sowjets mit Pipeline-Ausrüstung zu beliefern. Sechs Monate später, als

die Sowjets mit dem Bau begonnen hatten, weitete er dieses Verbot auf alle westlichen Hersteller von Stahlpipelines aus, die mit einer Lizenz eines US-Unternehmens arbeiteten.

Hören Sie darin, so wie ich, das Echo der Geschichte? Sanktionen und darüber hinaus Sekundärsanktionen, damals wie heute.

In dieser angespannten Zeit traf Helmut Schmidt Reagan in Bonn privat. Der amerikanische Präsident, der die von ihm als Verachtung empfundene Haltung des deutschen Kanzlers bereits übel nahm, bedachte Schmidt – einen Sozialdemokraten und *Ostpolitiker* – mit einer Art Standpauke, die man von einem nicht sehr intelligenten Mann mit Hang zu manichäischen Vereinfachungen erwarten würde. „Das muss aufhören“, befahl Reagan Schmidt mit vielen Worten. „Sie steigern das russische BIP, und dann können sie mehr Waffen bauen. Sie helfen den Sowjets, während wir versuchen, sie zu vernichten.“

Schmidt schwieg, während Reagan sprach. Stattdessen zog er sich ans Fenster zurück und blickte hinaus. Er beschloss, den amerikanischen Kalten Krieger zu besänftigen, indem er den USA die Stationierung mobiler Pershing-II-Raketen (Mittelstreckenraketen) auf deutschem Boden anbot. Die ersten Pershing-II-Raketen waren Ende 1983 in Deutschland stationiert; die vollständige Stationierung wurde zwei Jahre später abgeschlossen.

Ich habe diesen Bericht von Dirk Pohlmann, einem prominenten Journalisten, Autor, Dokumentarfilmer und engagierten Forscher der deutschen Nachkriegsgeschichte. Er schilderte diesen und ähnliche historische Ereignisse während eines langen Vormittags in meinem Potsdamer Hotel und später in zahlreichen Telefonaten und E-Mails. Und wie Pohlmann mir erklärte, steckte hinter dem Widerstand der Reagan-Regierung gegen das Sibirien-Europa-Projekt weit mehr als nur informelle Treffen mit europäischen Staats- und Regierungschefs. Es waren Anstrengungen, die die Öffentlichkeit nicht sehen konnte. Reagans Leute übten immensen Druck auf deutsche Banken aus – beispielsweise die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, die Commerzbank –, den Sowjets die Finanzierung zu verweigern, zu der sie, die Banken, sich verpflichtet hatten.

Reagan gab schließlich nach und beschwerte sich die ganze Zeit. Ende 1982 hob er die beiden Sanktionen auf, offenbar erkannte er, dass er sie trotz des konzertierten, inzwischen peinlichen Drucks aus Europa schlicht nicht durchsetzen konnte. Margaret Thatcher, die britische Premierministerin und bereits eine Art Seelenverwandte Reagans, hatte maßgeblichen Einfluss auf diesen Politikwechsel. Zudem bestand die Gefahr eines transatlantischen Bruchs, gerade als Reagan alle auf seiner Seite haben wollte, um das Imperium des Bösen zu bekämpfen. Im November 1982 erzielten die NATO-Mitglieder eine informelle Einigung über das Schicksal der Pipeline, und die ersten Gaslieferungen trafen am Neujahrstag 1984 in Frankreich ein.

Kurioserweise blieb die Transsibirische Pipeline bis Ende letzten Jahres in Betrieb, als Kiew sich weigerte, die Durchleitungsverträge für die Leitung zu verlängern, die Gas durch die Ukraine auf dem Weg zu den europäischen Märkten transportierte.

Zu dieser Geschichte gibt es einen Nachtrag, den man nicht verpassen sollte. Zur Zeit des Transsibirischen Chaos betrieb die CIA ein geheimes Sabotageprogramm, in dessen Rahmen sie amerikanische Firmen dazu veranlasste, den Sowjets Lieferungen fehlerhafter Computerchips zu schicken. Diese waren so konstruiert, dass sie kurzzeitig einwandfrei funktionierten und dann versagten. Eine beträchtliche Menge dieser Chips traf irgendwann im Jahr 1982 ein

– während Reagans Sanktionen in Kraft waren und der Bau der Transsibirischen Eisenbahn bereits weit fortgeschritten war.

Das Ergebnis entsprach offenbar den Erwartungen der Behörde: Turbinen an den Pumpstationen der Pipeline explodierten scheinbar gleichzeitig. Pohlmann sagte mir, es entspreche einer Drei-Kilotonnen-Detonation – eine Explosion, die laut genug sei, um von Satelliten registriert zu werden. Die Transsibirische Eisenbahn nahm wie erwähnt planmäßig den Betrieb auf, doch – auch hier schwingen Vergangenheit und Gegenwart miteinander – dient dies heute als Generalprobe für Ereignisse, die uns heute vertrauter sind.

Aufzeichnungen über die Sabotageoperation der CIA gegen das Transsibirische Eisenbahnprojekt sind äußerst selten. Pohlmann, ein aufmerksamer Beobachter dieser Affäre, sagte mir, Hinweise darauf seien „fast vollständig aus dem Internet gelöscht“ worden, und meine Erfahrungen bei der Recherche für diesen Bericht bestätigen dies. Einige der an der Operation Beteiligten gaben jedoch zeitgleich Zeugenaussagen ab. Einer von ihnen war Thomas Reed, damals hochrangiges Mitglied von Reagans Nationalem Sicherheitsrat. Sein Bericht erschien 2004 unter dem Titel „*At the Abyss: An Insider's History of the Cold War*“ (Presidio Press). Hier eine kurze Passage aus dem Buch:

Die Software der Pipeline, die die Pumpen, Turbinen und Ventile steuern sollte, war so programmiert, dass sie verrücktspielte und Pumpendrehzahlen und Ventileinstellungen so veränderte, dass Drücke weit über den für die Pipelineverbindungen und -schweißnähte akzeptablen Wert hinausgingen. Das Ergebnis war die gewaltigste nichtnukleare Explosion und der gewaltigste Brand, der je aus dem Weltraum beobachtet wurde.

Obwohl es verschiedene Versuche gab, Reeds Darstellung zu diskreditieren – alles vorhersehbar, keiner mehr als unglaubliche Verschleierung –, erscheint mir seine Argumentation unwiderlegbar. Als er „*At the Abyss*“ veröffentlichte, hatte die CIA die Transsibirische Operation bereits in einer beiläufigen Erwähnung im „*Farewell Dossier*“ eingeräumt, einer Sammlung von Dokumenten zu anderen Angelegenheiten der Behörde. Nach Reeds Veröffentlichung reiste der stets eifrige Dirk Pohlmann nach Washington, um Reed und andere zu interviewen, darunter Herb Meyer, der während der Reagan-Ära unter William Casey als stellvertretender Vorsitzender des National Intelligence Council der CIA diente. Pohlmann überprüfte diese Interviews bei unserem Treffen hier und anschließend ein zweites Mal; sie alle bestätigten die Operation von 1982.

Reagans größte Sorge – und das dürfte bekannt sein – ist die Gefahr, dass die Europäer durch eine strukturelle, langfristige Abhängigkeit von russischen Energielieferungen gefährdet würden. Wie diese kurze Skizze des Vorfalls von 1982 hoffentlich deutlich macht, lassen die Amerikaner zynischerweise zwei Silben weg, wenn sie solche Dinge sagen. Ihre wahre Angst galt damals wie heute nicht der Abhängigkeit, sondern der natürlichen gegenseitigen Abhängigkeit zwischen Deutschland (und damit auch dem Rest Europas) und der großen eurasischen Landmasse, deren westlichste Flanke es faktisch bildet.

Einige Jahre nach der Inbetriebnahme der sibirischen Pipeline veröffentlichte der Wissenschaftler Patrick DeSouza [im Yale Journal of International Law einen Essay](#) mit dem – für manche etwas sperrigen – Titel „Der Vorfall mit der sowjetischen Gaspipeline: Ausweitung der kollektiven Sicherheitsverantwortung auf den Handel in Friedenszeiten“. Zu DeSouzas interessanten Beobachtungen gehört diese:

Einige Analysten kamen zu dem Schluss, dass die Versuche der USA, durch Handelsbeschränkungen ihre wirtschaftliche Macht auszuüben, in der Nachkriegszeit nur begrenzten Erfolg hatten. Noch weniger erfolgreich waren ihre Bemühungen, ihre Verbündeten zum gemeinsamen Handeln zu bewegen, um politischen Gegnern wirtschaftliche Macht zu entziehen. Tatsächlich führten Versuche, die Wirtschaftstätigkeit mit Gegnern wie der Sowjetunion einzuschränken, oft zu hohen Kosten, darunter entgangene Handelsgewinne, Spannungen innerhalb des Bündnisses und verstärkte Solidarität innerhalb des gegnerischen Bündnisses ...

Dieser Abschnitt enthält einige wahre Aussagen, wie die Leser wahrscheinlich bestätigen werden. Ich lese darin die unvermeidlichen Spannungen in den transatlantischen Beziehungen, seit Amerika nach 1945 seine Hegemonialmacht zu behaupten begann. Zwar schwankte diese Spannung von Periode zu Periode, doch sie war immer da und bleibt es. DeSouzas Essay ist aber auch als historisches Werk zu lesen: Es enthält Aussagen, die einst galten, heute aber nicht mehr gelten. Die Europäer widerstanden den Zumutungen des amerikanischen Imperiums in den späten Jahren des Kalten Krieges erfolgreich. Heute würden sie von solchen Anstrengungen nicht einmal im Traum träumen. Vierzig Jahre liegen zwischen den Ereignissen von 1982 und den Nord-Stream-Explosionen. Wie sich die Zeiten doch geändert haben und wie sie doch gleichgeblieben sind.

■

Und wie nützlich sich die Geschichte oft erweist.

Die Leser werden sich sicherlich wie ich an den Schock erinnern, als im kommenden September vor drei Jahren die Nachricht von Sabotageakten an den Nord-Stream-Pipelines – sowohl an der Nord-Stream-Pipeline I als auch an der Nord-Stream-Pipeline II – eintraf. Doch was war, wenn man die Geschichte bedenkt, der Grund für den Schock? So dramatisch die Nord-Stream-Explosionen auch wirkten – waren sie mehr als eine fantasielose Fortsetzung der jahrzehntelangen transatlantischen Außen- und Sicherheitspolitik Washingtons? Man könnte es den Schock des Nichts-Neuen nennen.

Ebenso schockierend war für mich, kurz nach Bekanntwerden der Nachricht das Video von Präsident Biden anzusehen, in dem er mit jener verblüffenden Indiskretion, für die er während seiner gesamten politischen Karriere bekannt war, erklärte, die USA würden Nord Stream II niemals in Betrieb nehmen und seien bestens darauf vorbereitet, es zu zerstören. Das war kurz vor dem Ereignis. Und noch ein Schock: Biden machte diese teuflischen Zusicherungen, während Olaf Scholz, der damalige deutsche Bundeskanzler, wie ein regloser Schuljunge neben ihm stand. Die beiden hatten gerade private Gespräche im Oval Office beendet. Im Nachhinein ist es nicht schwer, sich vorzustellen, was gesagt wurde.

Mit einer fast 30-jährigen Geschichte – von der Planung über den Bau und den Betrieb bis hin zur Stilllegung – waren die Nord-Stream-Pipelines mindestens ebenso bedeutend wie das frühere Sibirien-Europa-Projekt. Ich bin vorsichtig: Während das Transsibirische Netz die russisch-europäischen Beziehungen stärkte, hätten Nord Stream I und II die Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands zur Russischen Föderation und damit auch Europas über das Maß hinaus gefestigt, das leicht zu unterbrechen wäre. Die erste Machbarkeitsstudie für NS I wurde 1997 in Auftrag gegeben. Wie später bei NS II sollte die Route unter der Ostsee von sibirischen Gasfeldern nach Lubmin, einem Hafen an der deutschen Nordküste, führen. Berlin und Moskau unterzeichneten 2005 eine gemeinsame Absichtserklärung; NS I ging sechs Jahre später in Betrieb.

Mit der Planung von NS II – und deutsche Unternehmen waren erneut Gazproms wichtigste europäische Partner – verschärfen sich die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA erneut. Gazprom und die Europäer unterzeichneten 2015 Verträge. Ein Jahr, nachdem Washington den Putsch in der Ukraine angezettelt hatte, ein Jahr, nachdem Moskau die Krim wieder annektiert hatte, ein Jahr, nachdem die Obama-Regierung begonnen hatte, das unaufhörlich verschärfte Sanktionsregime zu verhängen. Es war eine Wiederholung der Geschichte von 1982.

Die Deutschen verstanden Nord Stream genauso wie die Transsibirische Eisenbahn – ein wirtschaftliches, sinnvolles und wertvolles Projekt. Die europäischen Investitionen beliefen sich auf 9,5 Milliarden Euro. NS II würde die Kapazität von Nord Stream I verdoppeln. Zusammen würden die vier Pipelines (je zwei Stränge, NS I und II) jährlich 110 Milliarden Kubikmeter Erdgas nach Deutschland und in die europäischen Märkte liefern – genug, um nach den mir vorliegenden Schätzungen 40 bis 50 Prozent des deutschen Jahresbedarfs und nicht viel weniger als den europäischen zu decken. Angela Merkel, die damalige Bundeskanzlerin, verteidigte die Vorteile des Projekts unerbittlich, selbst als die Amerikaner Nord Stream II immer schriller (und bedrohlicher) als einen Fehler mit schwerwiegenden geopolitischen Folgen bezeichneten.

Merkel war eine überzeugte Atlantikerin, aber sie blieb hartnäckig. Man erinnere sich, dass sie Deutschland zu diesem Zeitpunkt (nach Fukushima) bereits zur Stilllegung aller seiner Atomkraftwerke verpflichtet hatte. Auch die Amerikaner blieben hartnäckig. Während Donald Trumps erster Amtszeit versuchten sie mit allen Mitteln, den Bau von NS II zu stoppen, nicht zuletzt durch die üblichen Sanktionsdrohungen und Sekundärsanktionen gegen europäische Industrielieferer und beteiligte Banken. Richard Grenell, ab 2019 Trumps kompromissloser Botschafter in Berlin, schickte sogar Drohbriefe an deutsche Unternehmen, die an der Pipeline beteiligt waren. Ich erinnere mich noch gut daran, wie einige europäische Banken und Industrieunternehmen zu zögern begannen; die angespannten Nerven waren im Bundestag deutlich zu spüren.

Merkel musste sich jedoch durchsetzen, da sie unerschütterlich blieb. Der Bau der NS II, der 2018 begonnen hatte, wurde im Sommer 2021 abgeschlossen. Doch zu diesem Zeitpunkt waren Trump und seine Leute bereits nicht mehr an der Macht, sondern das Biden-Regime an der Macht. Dies markierte den Anfang vom Ende des Nord-Stream-Projekts – des gesamten Projekts.

Kaum hatte Joe Biden im Januar 2021 sein Amt angetreten, gerieten er und seine Nationalen Sicherheitsleute ins Straucheln. Das war vorhersehbar: Die US-Außenpolitik während der Biden-Jahre war auf beiden Ozeanen ein einziger Fehlschlag nach dem anderen. Im Mai 2021, wenige Monate vor der Fertigstellung von NS II, hob Washington alle Sanktionen auf, die Trump gegen die Nord Stream AG verhängt hatte, zu der neben Gazprom vier europäische Unternehmen gehören.

Dies schien eine erstaunliche Zurückweisung des jahrelangen – je nach Zählweise jahrzehntelangen – Drucks zu sein, den Washington auf die Deutschen ausgeübt hatte. Endlich schienen die Amerikaner zu dem Schluss gekommen zu sein, dass der Versuch, die gegenseitige Abhängigkeit Europas und seines östlichen Nachbarn zu verhindern, dem Versuch gleichkommt, Wasser am Abfließen zu hindern. So erschien es mir. Ein Sieg für die Deutschen,

dachte ich – ein Triumph für Deutschland, für Europa, für die Sache der konstruktiven Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation.

Doch schon bald wurde klar, dass diejenigen, die Biden um sich geschart hatte, in Wirklichkeit davon besessen waren, zu verhindern, dass die NS II eine für beide Seiten vorteilhafte Symbiose zwischen Russland und Westeuropa eingeht. Zu diesen Politikern zählten unter anderem Jake Sullivan, Bidens ideologisch gefärbter Nationaler Sicherheitsberater, und Antony Blinken, Bidens Außenminister.

Blinken hatte seine Abschlussarbeit Jahre zuvor einer Studie über das umstrittene Sibirien-Projekt der Reagan-Ära gewidmet. Diese wurde später unter dem Titel „*Ally Versus Ally: America, Europe, and the Siberian Pipeline Crisis*“ veröffentlicht. Darin argumentierte Blinken energisch, dass es ein geopolitisches Gebot sei, Deutschland und Russland am Bau weiterer Pipelines wie der Transsibirischen Eisenbahn zu hindern. Blinkens Verleger war, wie eine kurze Anmerkung wert ist, Frederick A. Praeger. Die Firma war zwar 1987, als Blinkens Buch erschien, keine CIA-Tarnorganisation mehr, hatte aber in den ersten Jahrzehnten des Kalten Krieges lange als solche gedient.

So kam es, dass das Biden-Regime, das bei jedem Schritt stolperte, bald den Weg fand, das zu tun, was man von den Amerikanern erwarten kann, wenn sie nicht in der Lage sind, ihre Macht auf eine Weise auszuüben, die den Anschein von Anstand und respektabler Staatskunst erweckt – wenn alle legalen oder grenzwertig legalen oder tatsächlich illegalen, aber scheinbar legalen Zwangsmaßnahmen versagen: Als NS II bereit zum Pumpen war, begannen sie mit der Planung einer völlig illegalen Geheimoperation.

Der Dezember 2021 war ein angespannter Monat im Hinblick auf die Beziehungen des Atlantischen Bündnisses zu Russland. Wie die Leser sich erinnern werden, schickte Moskau zwei Vertragsentwürfe nach Westen – einen nach Washington und einen an das NATO-Hauptquartier in Brüssel – als Grundlage für Gespräche über einen für beide Seiten vorteilhaften neuen Sicherheitsrahmen in Europa. Während das Weiße Haus unter Biden diese Entwürfe umgehend als unseriös abtat, drängte es Moskau durch schwere Waffenlieferungen an das Kiewer Regime gezielt so weit, dass es keine andere Wahl hatte, als militärisch in die Ukraine einzugreifen. Farce genug, schrieb Biden später der CIA einen großen Geheimdienstcoup zu, als diese wie aufs Stichwort die unvermeidliche russische Operation vorhersagte.

In diesem Monat geschah noch etwas anderes. Da Bidens Leute überzeugt waren, Russlands militärischen Vormarsch in die Ukraine provozieren zu wollen, wussten sie, dass sie sich damit eine Gelegenheit schaffen würden: Sie würden die Erlaubnis erhalten, mit neuen, abenteuerlichen Mitteln zu reagieren, sobald Moskau seinen Schritt machte. Zu diesem Zweck versammelte Jake Sullivan eine Reihe von zuverlässigen, kriegstreiberischen Beamten aus der gesamten Regierung zu einer Reihe streng geheimer Treffen in einem sicheren Raum in einem oberen Stockwerk des Old Executive Office Building (EOB), einem Gebäude aus dem späten 19. Jahrhundert im Hochzeitstortenstil neben dem Weißen Haus.

Es besteht kein Grund, ausführlich auf die Ergebnisse der Sullivan-Treffen einzugehen: Seymour Hershs Bericht über diese Sitzungen und alles, was danach folgte, ist angemessen ausführlich, überzeugend in seinen zahlreichen Details und von unanfechtbarer Autorität. Hersh veröffentlichte seinen 5.300 Wörter umfassenden Bericht über Planung, Vorbereitung, Training und Durchführung der Sabotageaktion, die die Nord Stream-Pipelines I und II zerstörte,

am 8. Februar 2023 in seinem Newsletter „Substack“ unter der Überschrift „[Wie Amerika die Nord Stream-Pipeline zerstörte](#)“. Ich zähle ihn zu den zwei oder drei gelungensten Reportagen, die der amerikanische Journalismus in meinem Leben hervorgebracht hat.

Nach den Nord-Stream-Explosionen und der Veröffentlichung von Hershs Artikel einige Monate später kam es zu allerlei Unsinn. Die New York Times bezeichnete die Explosionen als „ein Mysterium“. Die Deutschen, Dänen und Schweden gaben vor, offizielle Untersuchungen durchzuführen, stellten diese aber umgehend ein, da sie entweder keine Beweise für die Verantwortlichkeit gefunden oder ihre Ergebnisse nicht veröffentlichen könnten. Vertreter des Biden-Regimes deuteten an, die Russen hätten möglicherweise ihre eigenen Industrieanlagen zerstört – das *Nonplusultra* aller False-Flag-Operationen.

Die amerikanischen Desinformationsbrigaden berichteten später, ihre Ermittlungen hätten zu abtrünnigen Ukrainern geführt – die These von sechs Personen in einem gemieteten Segelboot. Im August dieses Jahres setzten die Deutschen dem Ganzen noch die Krone auf und erließen einen Haftbefehl gegen einen Ukrainer namens Wolodymyr Z. wegen des Verdachts der Beteiligung an den Explosionen. Keine Sorge: Von Wolodymyr Z. werden wir nie wieder etwas hören.

Es besteht kein Grund, sich damit zu beschäftigen. Nichts davon schmälert Hershs Arbeit auch nur im Geringsten. Verschiedene Biden-Vertreter, die die Wahrheit effektiv vor aller Augen verbargen, drückten mit bemerkenswerter Offenheit ihre Zufriedenheit über die gute Arbeit aus. Zu ihnen gehörte auch Antony Blinken. Wenn wir die zuvor zitierte These des Ministers berücksichtigen, erhalten seine Bemerkungen nach den Ereignissen vom 26. September 2022 ein Gewicht und eine Resonanz, die wir sonst vielleicht nicht darin finden würden:

Es ist eine enorme Chance, die Abhängigkeit von russischer Energie ein für alle Mal zu beenden und Wladimir Putin damit die Möglichkeit zu nehmen, Energie als Waffe für seine imperialen Pläne einzusetzen. Das ist von großer Bedeutung und bietet enorme strategische Chancen für die kommenden Jahre.

Auch hier zeigt sich die wunderbare Angewohnheit der Geschichte, uns unsere Gegenwart zu erklären.

■

Anfang der 1980er Jahre wehrten sich die europäischen Mächte gegen das energische Drängen der Reagan-Regierung, das Transsibirische Projekt aufzugeben. Der Konflikt entwickelte sich zu einer der schwersten politischen Krisen der Westmächte während des gesamten Kalten Krieges, wie Historiker es nennen. Diese Ereignisse zeugten davon, dass Europa noch immer im eigenen Interesse zu handeln wusste. Es hatte sich für die Sache der Interdependenz eingesetzt und war gehört worden. Ich denke an Helmut Schmidt, wie er in Bonn an einem Fenster stand. Ich kann es mir gut vorstellen, wie er in seinem Schweigen davon sprach – von der Sache der Interdependenz inmitten einer geschwächten Unabhängigkeit innerhalb des transatlantischen Bündnisses.

Europas Fähigkeit, eigenständig zu denken, zeigte schon bald nach den Siegen von 1945 Anzeichen eines Nachlassens. Die Generationen von Staatschefs, die nach Churchill und de Gaulle heranwuchsen, hatten wenig Erfahrung mit Unabhängigkeit; sie hatten unter dem Schutz des US-Sicherheitsschirms gelebt und waren politisch erwachsen geworden und

kannten keine anderen Bedingungen. Daher waren sie in Fragen der Souveränität unerfahren. In den 1960er und 1970er Jahren herrschte im Kalten Krieg eine gewisse Unruhe – die Transsibirien-Affäre war ein Ausdruck davon –, doch auch diese ebnete mit der Zeit ab. Der Unterschied wurde spätestens beim Fall der Berliner Mauer durch die deutschen Bürger im November 1989 deutlich.

Als unser Gespräch auf die Ereignisse von 1989 kam, begannen Dirk Pohlmann und ich, Deutschland als „Land der verpassten Chancen“ zu bezeichnen. Das war meine Formulierung. Pohlmanns Formulierung war „die Tragödie der verpassten Chancen“. Dirk drückte es so aus: „Deutschland, Europa, hätte nach 1989 einen neuen Einfluss in der Welt haben können.“ Er meinte, die Deutschen hätten damals die Chance gehabt, als „Zwischennation“ zwischen West und Ost zu dienen. Havel dachte in den ersten Jahren nach dem Kalten Krieg genau darüber nach, und er hatte dabei sowohl Europa als auch Deutschland im Blick. „Jetzt stellt sich eine neue Aufgabe“, sagte er in [einer Rede in Aachen im Mai 1996](#), „und mit ihr eine neue Bedeutung für die Existenz Europas selbst.“

Dirk Pohlmann sah eine weitere verpasste Chance für die Deutschen, ganz ähnlich der ersten, zu Beginn der russischen Militärintervention in der Ukraine vor drei Jahren. Deutschland sei in der Lage gewesen, den Konflikt zu verhindern oder zu vermitteln, sobald er begonnen habe, meinte er, anstatt sich dem Stellvertreterkrieg des Biden-Regimes anzuschließen. „Warum sind wir so gehorsam? Warum haben wir unseren Scholz?“, rief er mehr aus als fragte er. „Eine andere Welt war schon vor wenigen Jahren möglich, genau wie nach 1989.“

Die Zerstörung von Nord Stream stellt für die Deutschen einen entscheidenden Einschnitt dar. Das alte Modell – russische Energie rein, hochentwickelte deutsche Produkte raus – scheint endgültig zerbrochen zu sein, und viele Deutsche sagen mir, dies sei nicht mehr zu retten. Langfristig betrachtet, frage ich mich jedoch, ob Deutschlands selbstverständliche Verbundenheit mit der Sache der Interdependenz jemals vollständig ausgelöscht werden kann. Gespräche mit Deutschen vermitteln den starken Eindruck, dass diese Geschichte noch nicht zu Ende ist. Hamlet, so scheint es mir, lauert noch immer unter ihnen.

Patrick Lawrence: Deutschland in der Krise Teil 3: Eine Kultur der Unterwerfung

Übersetzung [des Artikels von Patrick Lawrence für ScheerPost](#)



Präsident Joe Biden und Bundeskanzler Olaf Scholz nehmen am Montag, dem 7. Februar 2022, an einer gemeinsamen Pressekonferenz im East Room des Weißen Hauses teil. (Offizielles Foto des Weißen Hauses von Adam Schultz)

Von Patrick Lawrence / Original für ScheerPost

Dies ist der dritte von vier Berichten über Deutschland in der Krise. Teil 1 dieser Serie finden Sie [hier](#) und Teil 2 [hier](#).

BERLIN – Ich kehre kurz zu jenen einzigartigen Momenten zurück, als Olaf Scholz [am 7. Februar 2022 nach Abschluss privater Gespräche im Oval Office auf einer Pressekonferenz](#) neben Präsident Joe Biden stand. Bei dieser Gelegenheit erklärte Biden, falls russische Streitkräfte ukrainisches Territorium betreten würden – und er war sich inzwischen sicher, dass sie keine andere Wahl hätten –, „dann wird es kein Nord Stream II mehr geben. Wir werden dem ein Ende setzen.“

Nehmen Sie sich einen Moment Zeit, um sich die Videoaufzeichnung dieses Ereignisses anzusehen. Was sehen wir in diesen beiden Männern? Betrachten wir ihr Verhalten, ihre Gesten, ihre Mimik, was jeder von ihnen sagte und was nicht, und interpretieren wir, was wir können, in sie hinein. Ich lese eine 77-jährige Geschichte.

Biden ist ein Mann, der mit ruhiger, sachlicher Gelassenheit seine Absicht verkündet, die teuren Industrieanlagen des Landes zu zerstören, das sein Kollege repräsentiert. Wir bemerken seine vollkommene Souveränität, die abweisende Handbewegung, mit der er seine Gleichgültigkeit gegenüber den Interessen und der Souveränität eines engen Verbündeten offen zur Schau stellt.

Bis vor Kurzem habe ich Bidens erstaunliche Grobheit im Umgang mit Scholz auf die Unhöflichkeit zurückgeführt, die seine gesamte politische Karriere geprägt hat. Doch wenn ich jetzt, im Lichte all dessen, was ihm vorausging, an diesen Anlass denke, sehe ich eine andere Möglichkeit, ihn zu beurteilen: Nach Jahrzehnten anmaßender Dominanz innerhalb des Atlantischen Bündnisses sah Biden keine Notwendigkeit mehr, Amerikas hegemoniale Vorrechte zu verschleiern. Tatsächlich sehen wir in der oben verlinkten C-SPAN-Aufnahme das Gesicht eines Mannes, der boshaft stolz auf diese Ausübung roher Macht ist.

Scholz seinerseits stand protokollgemäß an einem separaten Rednerpult und schwieg zu Bidens Bemerkung. Sein Auftreten, das von Scholz, lässt darauf schließen, dass er weder überrascht noch wütend war. Er wirkt eher resigniert, besorgt, leicht reumütig, leicht unterwürfig. In seinem Gesicht liest man die Besorgnis eines Soldaten, der gerade den unheilvollen Schlachtplan seines Vorgesetzten akzeptiert hat. Ich vermute, er fragte sich auch, was zum Teufel er seiner Regierung und den Deutschen nach seiner Rückkehr nach Berlin sagen würde.

Um diesen äußerst bedeutsamen Anlass, der in den Annalen der transatlantischen Diplomatie als einmalig oder beinahe einmalig gelten muss, zu verstehen, ist es am besten, einen Blick zurück und dann nach vorn zu werfen.

Welch ein langer Zeitraum liegt zwischen dem Deutschland der frühen 1980er Jahre, dem Deutschland Helmut Schmidts, und dem Deutschland Olaf Scholzes, dem Deutschland, das 40 Jahre später ziemlich schüchtern mit Amerika auf einem Podium stand. Schmidt, ein Sozialdemokrat, der Willy Brandts *Ostpolitik* vertrat, hatte sich gemeinsam mit anderen Europäern für die deutschen Interessen gegen Präsident Ronald Reagans plumpe Versuche eingesetzt, Amerika die Disziplin des Kalten Krieges aufzuzwingen. Scholz, ein Sozialdemokrat ganz anderer Art, war nicht geneigt, Deutschland gegen Joe Biden zu verteidigen, selbst als dessen Souveränität auf dem Spiel stand.

Wie konnte es in Deutschland so weit kommen? Nach einigen Tagen Berichterstattung hier, einer Stadt, die lange Zeit durch den Eisernen Vorhang geteilt war, und auch in anderen Teilen Deutschlands, war ich überzeugt, dass die Politik des Kalten Krieges und der Nachkriegszeit allein keine Antwort auf diese Frage liefert. Nein, wie ich in meinen Jahrzehnten als Korrespondent oft feststellte, muss man sich der Psychologie und Kultur voll und ganz widmen, um Politik und Geschichte zu verstehen, wobei letztere in gewissem Maße Ausdruck ersterer sind.

■

Die Pläne der Alliierten für die 1945 besiegten Nationen, die innerhalb kurzer Zeit denen Amerikas gleichkamen, waren stets ehrgeizig. Auf der Potsdamer Konferenz, wenige Monate nach dem Fall des Reichs, teilten Churchill, Truman und Stalin Deutschland in vier Besatzungszonen auf: Großbritannien, Frankreich, die USA und die Sowjetunion sollten jeweils eine Zone verwalten. Berlin lag in der sowjetischen Besatzungszone, war aber ebenfalls

aufgeteilt. Millionen deutscher Siedler mussten aus den von den Nazis eroberten Gebieten repatriert werden – ein schmutziges Unterfangen, geprägt von nie erwähntem Leid. Sofort begann ein Entnazifizierungsprogramm, und das deutsche Militär sollte abgebaut werden. Beide Ziele waren jedoch, gelinde gesagt, kompliziert, da das Kriegsbündnis mit Moskau dem Kalten Krieg wich, den die Truman-Regierung unbedingt provozieren wollte.

Doch gerade in den Herzen und Köpfen der Deutschen kippte der Umbau des Reichs zu einem anderen Land von Ehrgeiz zu Hybris. Es war eine psychologische Operation, deren Ausmaß und Ausmaß seitdem wohl nie wieder erreicht wurden. Nur die Japaner nach 1945 erlebten etwas Vergleichbares. Dieses Projekt wurde zunächst von Roosevelts New Dealern gestaltet und umgesetzt. Es dauerte ein oder zwei Jahre, bis die Ideologen des Kalten Krieges die hohen Ideale zugunsten der Härte des Antikommunismus der späten 1940er und frühen 1950er Jahre aufgaben. Die Japaner nennen dies, nicht ohne unterdrückte Bitterkeit, „den umgekehrten Kurs“.

Ich weiß nicht, wie die Deutschen es nennen, aber die Kehrtwende nach dem Krieg lief auf dasselbe hinaus. Das Projekt war auf beiden Ozeanen dasselbe. Es ging nicht darum, authentische Demokratieexperimente zu ermöglichen, keine Bottom-up-Versuche, wie die orthodoxen Historiker diese Zeit darstellen. Es ging darum, Deutschland und Japan als Soldaten des Kalten Krieges zu rekrutieren. Demokratisierung wurde zum bloßen Vorwand, da Demokratie per Definition weder von einem Land exportiert noch von einem anderen importiert werden kann. In dieser Hinsicht, so möchte ich hinzufügen, dienten diese beiden Nationen als Vorbilder, die Washington während des Kalten Krieges an vielen anderen Orten anwandte. Demokratisierung vortäuschen, Unterwerfung kultivieren: Das war das wahre Nachkriegsprojekt.

Anders ausgedrückt: Dass Deutschland und Japan in den Nachkriegsjahrzehnten Demokratien wurden, geschah nicht so sehr aufgrund des amerikanischen Einflusses, sondern eher trotz dessen.

In der US-amerikanischen Besatzungszone übernahmen Beamte – ob in Uniform oder nicht – die Kontrolle über alle Formen der Information. Sämtliche Zeitungen, Zeitschriften und Radiosender wurden geschlossen. Amerikanische Journalisten (von denen einige später glanzvolle Karrieren machten) wurden beauftragt, die deutschen Medien an die neue Demokratie anzupassen. Die Propagandaprogramme, die diese Neuerfindung der Massenmedien begleiteten und mit der Zeit stark antisowjetische Botschaften enthielten, waren immens und reichten von Umerziehungsprojekten und Radio-Talkshows bis hin zur massenhaften Verbreitung von Flugblättern. Die Literatur über diese Zeit vermittelt den Eindruck eines Unterfangens, bei dem kein gesprochenes oder geschriebenes Wort und kein Bild der offiziellen Kontrolle entzogen wurde.

Ein kurzer Exkurs.

Eine der unvergesslichsten Fernsehsendungen meiner frühen Kindheit war die beliebte Law-and-Order-Serie *Highway Patrol*. Ich erinnere mich auch nach vielen Jahren noch gut daran. Die wöchentlichen Folgen und ihr Star hatten etwas Charismatisches an sich. Broderick Crawford war der schlaffbackige, ruppige und schlampig gekleidete Polizeichef einer namenlosen kalifornischen Stadt. Er stürmte Tatorte, riss inmitten von Sirenengeheul und Staubwolken die Tür seines Streifenwagens auf und bellte Befehle in sein Handfunkgerät – seine berühmte Antwort an seine Beamten lautete: „10-4“.

Highway Patrol lief von 1955 bis 1959 in 156 Folgen. Oberflächlich betrachtet war die Serie eine Verherrlichung staatlicher Autorität. Es ging um die Notwendigkeit, die Ordnung trotz ständiger Bedrohung aufrechtzuerhalten. Doch sowohl im Text als auch im Subtext *ging es in Highway Patrol* um das Nachkriegsamerika; jede Folge war eine Wiederholung dessen, was es in diesen Jahren bedeutete, Amerikaner zu sein. Der Kalte Krieg wurde kein einziges Mal erwähnt, doch schien er in jeder dieser Folgen präsent zu sein. Zu den wiederkehrenden Themen der Sendung gehörten die allgegenwärtige Angst und die Notwendigkeit von Loyalität.

Ich erwähne dies aufgrund einer Erkenntnis, die ich viele Jahre später erlangte. Sie ist amüsant und höchst lehrreich zugleich. *Highway Patrol* wurde von einer ambitionierten Produktionsfirma namens Ziv Television Programs entwickelt. Frederick Ziv, Gründer und Geschäftsführer, erfand quasi die Fernseh syndikate (z. B. „*The Cisco Kid*“, „*Bat Masterson*“). Zivs Produktionen widmeten sich, implizit und gelegentlich explizit, einer antikommunistischen Stimmung im *Stil von Highway Patrol*. Nachdem Ziv 1955 Broderick Crawford unter Vertrag genommen hatte, war *Highway Patrol* die erste amerikanische Serie, die im neuen deutschen Privatfernsehen ausgestrahlt wurde.

Um meinen Punkt abzuschließen: Es ist merkwürdig, dass deutsche Familien ein Jahrzehnt nach ihrer schrecklichen Niederlage in einem welthistorischen Krieg vor ihren Fernsehern dasselbe Polizei- und Verbrecherdrama sehen konnten, das bei einem kleinen Jungen vor seinem Bildschirm in einem grünen Vorort von New York nachhallte.

Die Highway Patrol ist ein kleines Beispiel für eine weitere Dimension des Nachkriegsprojekts in Deutschland: Sie war ein früher Fall dessen, was wir heute Soft Power nennen. Die Bedeutung dieses amerikanischen Einflusses im Nachkriegsdeutschland und seine Folgen seither können gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. So wie die Besatzungsmacht durch ihre Informations- und Propagandakampagnen das Denken der Deutschen kontrollierte, prägte der Import amerikanischer Kulturgüter – Filme, Musik, Essen, gesellschaftliche Sitten und so weiter – schließlich auch das Denken der Deutschen: wie sie über die Welt und über sich selbst dachten.

Die Macht der Soft Power, um es etwas ungeschickt auszudrücken, war zu dieser Zeit in Japan deutlicher spürbar, da die Besatzung einer Konfrontation zweier unterschiedlicher Zivilisationen gleichkam. Von den Amerikanern lernten die Japaner Billard, Gesellschaftstanz, Big-Band-Jazz, Walt-Disney-Filme, Martinis mixen und sich mit der Lässigkeit der Amerikaner zu benehmen. In Deutschland war es genauso, nur weniger abrupt. Die Nachkriegsdeutschen entdeckten Blue Jeans, Hamburger, Bill Haley und seine Kometen, John Wayne, Coca-Cola und wer kann noch so viele andere Dinge aufzählen.

Wenn ich das Wesentliche des Nachkriegsprojekts in Deutschland beschreiben sollte, würde ich sagen, dass sein nachhaltiges Ergebnis ein neues Bewusstsein ist. Wie ein deutschsprachiger Schweizer Freund es neulich ausdrückte: „Die Deutschen lernten mehr als alle anderen Europäer und als erste überhaupt, die Sprache des Siegers zu sprechen.“ Dies führt mich zu einem verhängnisvollen Irrtum, der einer kurzen Erklärung bedarf.

Um einen Schritt zurückzugehen: Zu den vorherrschenden Lehren der Jahrzehnte des Kalten Krieges gehörte in der Wissenschaft die sogenannte „Modernisierungstheorie“. Kurz gesagt, besagte sie, Modernisierung erfordere Verwestlichung. Angeblich kamen beide Theorien

zum selben Ergebnis. Alle neu unabhängigen Nationen des sogenannten Globalen Südens mussten, um modern zu werden, dem Westen folgen. Angesichts der unzähligen, allesamt destruktiven Folgen halte ich dies für einen der schlimmsten Fehler der letzten acht Jahrzehnte. Erst jetzt begreifen nicht-westliche Nationen, dass wahre Modernität damit beginnt, wahrhaft sie selbst zu werden.

Deutschland machte nach seiner Niederlage 1945 einen ähnlichen Fehler. Um die Katastrophe des Ersten Weltkriegs und die Barbarei, die zum Zweiten führte, hinter sich zu lassen, musste man endlich durch und durch modern werden. Es bedeutete, zu demokratisieren. Und demokratisieren hieß, zu amerikanisieren. Man kann sich darauf verlassen, dass die Amerikaner der Welt diesen schädlichen Irrtum aufdrängen werden: Sie tun dies, würde ich sagen, seit den Wilsonianern des frühen 20. Jahrhunderts. Ich möchte den Fall nicht vereinfachen, aber dies ist zumindest annähernd die Falle, in die das Nachkriegsdeutschland tappte.

Wie verschiedene deutsche Freunde in den letzten Monaten in Gesprächen anmerkten, ist der Versuch, das Bewusstsein einer Nation zu verändern, jenseits der impliziten Hybris ein äußerst heikles Unterfangen. Es bedeutet, die Identität eines Volkes, sein grundlegendstes Selbstverständnis, anzutasten. Die Gefahr einer solchen kollektiven psychologischen Loslösung – insbesondere bei Menschen, die aufgrund ihres Verhaltens vor und während des Krieges mit Schuldgefühlen belastet sind – ist mir offensichtlich. Sowohl im Fall Deutschlands als auch im Fall Japans scheinen mir die Umstände der Nachkriegswelt die Ergebnisse bestimmt zu haben. Der Übergang von der Niederlage zu den Imperativen der Ideologie des Kalten Krieges des Siegers musste über beide Ozeane hinweg zwangsläufig das hervorbringen, was ich seit langem als Kultur der Unterwerfung bezeichne.

Als der Eiserne Vorhang 1949 Deutschland teilte und die Amerikaner den Wiederaufbau leiteten, war das, so möchte ich sagen, eine Art Verstümmelung – auf der Landkarte, aber auch in der Psyche. Und weder Deutschland noch seine Bevölkerung haben sich meiner Meinung nach bisher von dieser Erschütterung erholt. Damit will ich nur sagen, was jedem auffällt, der aufmerksam durch die Stadt geht. Deutschland war in den letzten drei Vierteljahrhunderten nicht mehr es selbst; die Deutschen sind psychologisch gesehen gewissermaßen von sich selbst getrennt, ungebunden. Das ist ein ungewöhnlicher Zustand für ein Volk, das mir immer charakterstark erschien.

Mir fällt eine alte Beobachtung Oscar Wildes ein – seltsam, aber doch wieder nicht ganz so seltsam. „Die meisten Menschen sind andere Menschen“, schrieb Wilde in *De Profundis*, der berühmten Abhandlung, die er während seiner Haft im Gefängnis von Reading verfasste. Wilde hatte, gelinde gesagt, ganz andere Dinge im Kopf, doch diese bemerkenswerte *Pensée* erscheint mir angesichts der Nachkriegsdeutschen treffend. „Ihre Gedanken sind die Meinungen anderer“, heißt es weiter, „ihr Leben eine Nachahmung, ihre Leidenschaften ein Zitat.“

Ich denke an diese Passage, wenn ich an Olaf Scholz zurückdenke, wie er vor drei Jahren in dumpfem Schweigen dastand, während der amerikanische Präsident der Welt verkündete, er werde ihn auf einmal beschimpfen und demütigen, ohne an beides zu denken. Wer war Scholz in diesen Momenten? Es ist seltsam, wenn man bedenkt, dass die überzeugendste Antwort vielleicht „Niemand“ gewesen sein könnte. Dort auf dem Podium, nominell gleichgestellt, aber offensichtlich anders, verkörperte Scholz die fleischgewordene Kultur der

Unterwerfung nach 1945. Er erinnerte mich an jeden japanischen Ministerpräsidenten, der seit dem Ende der Besatzung 1952 einen Staatsbesuch in Washington abstattete: Wie Scholz sind sie alle gekommen, um sich zu unterwerfen und ihr wahres Ich zu Hause zu lassen.

Zu den wenigen Lichtblicken, die man heute in Deutschland wahrnimmt – hier in Berlin, aber, wie ich sagen würde, noch deutlicher in den Dörfern und Städten östlich von hier in der ehemaligen Deutschen Republik – gehört die schwache, aber spürbare Aussicht, dass Deutschland und seine Menschen mit der Zeit zu sich selbst zurückfinden könnten. „Wir alle suchen nach unserem Land“, sagte Dirk Pohlmann, der Journalist und Dokumentarfilmer, als wir unseren gemeinsamen Vormittag in Potsdam im Spätherbst letzten Jahres beendeten. Es schien das zu sein, was er mir am meisten zeigen wollte.

Patrick Lawrence: Deutschland in der Krise

Teil 4: Wanderer und Sucher

Übersetzung [des Artikels von Patrick Lawrence für ScheerPost](#)



„[Herr Friedrich Merz](#)“ von [Azchael](#) ist unter [CC BY-NC 2.0](#) lizenziert.

Anmerkung der Redaktion: Frühere Versionen dieses Artikels berichteten über den Schock Deutschlands, als Friedrich Merz zunächst nicht genügend Stimmen im Bundestag für sein Amt erhielt. Nach intensiven Verhandlungen gewann er die sechs Stimmen zurück, die er für seinen Sieg benötigte. Berlin befindet sich unterdessen in einer politischen Sackgasse, wie sie in der deutschen Nachkriegsgeschichte beispiellos ist.

Von Patrick Lawrence / Original für ScheerPost

Krise. Die vorhergehenden Teile dieser Serie finden Sie [hier](#), [hier](#) und [hier](#). Dies ist der letzte von vier Berichten über Deutschland in der

DRESDEN, 6. Mai – Friedrich Merz hat es am Dienstag nur knapp geschafft, die Macht zu übernehmen, als der 10. Bundeskanzler, nachdem ihm bei der morgendlichen Auszählung der ersten Stimmen im Bundestag sechs Stimmen zu wenig Stimmen fehlten.

Berlin taumelte den größten Teil des Tages angesichts einer politischen Sackgasse, die in der deutschen Nachkriegsgeschichte beispiellos war. Eine Stichwahl, die am späten Nachmittag eilig durchgeführt wurde, brachte Merz mit neun Stimmen Vorsprung durch. Obwohl die Bundestagsabgeordneten geheim abstimmen, deuten die Zahlen darauf hin, dass ihn einige Mitglieder seiner neuen Koalition verraten haben. Die spannende Frage der deutschen

Analysten, mit denen ich heute sprach, ist nun, wie lange Merz es schaffen wird, Kanzler zu bleiben.

Doch Merz hat die deutsche Politik bereits geprägt, nachdem er die Nation unmittelbar nach den vielbeachteten Wahlen im Februar auf einen neuen Kurs gebracht hatte. Der kriegstreiberische Tag der Schande war der 18. März, als eine Abstimmung im Bundestag bestätigte, was bereits damals bitter klar war: Die deutsche Nachkriegsdemokratie scheitert; Merz' Wahl ist das jüngste und bitterste Zeichen dafür. Eine abgeschottete Elite in Berlin schlägt nun vor, den Kurs der Nation unabhängig von den Präferenzen der Wähler zu bestimmen.

Am 18. März, einem Dienstag, hob der Deutsche Bundestag die verfassungsmäßige Begrenzung der Staatsverschuldung auf. Dies bedeutete weit mehr als nur eine Anpassung der bekanntermaßen strengen deutschen Haushaltspolitik. Es war der Tag, an dem die Abgeordneten – wenn auch nicht auf dem Papier – neue Verteidigungsausgaben in Höhe von einer Billion Euro (1,3 Billionen Dollar) verabschiedeten. Es war der Tag, an dem die Bundesrepublik für die Remilitarisierung stimmte. Es war der Tag, an dem diejenigen, die Deutschland führen sollten, einer politischen Tradition, die es zu verteidigen galt, entschieden abschworen und zu einer anderen zurückkehrten – einer Tradition, die das Land bedauerlicherweise nie ganz hinter sich lassen kann.

Die Einzelheiten der Abstimmung mit 512 zu 206 Stimmen sind eindeutig. Das seit der Finanzkrise 2008 geltende Gesetz zur Bundesverschuldung ist sehr streng: Es begrenzt die Verschuldung auf 0,35 Prozent des BIP – etwa ein Zehntel dessen, was die Europäische Union ihren Mitgliedern erlaubt. Doch Berlin sträubt sich seit Jahren gegen diese Grenze. Es war ein erbitterter Streit um die sogenannte „Schuldenbremse“, der im vergangenen Herbst zum Zusammenbruch der nicht allzu stabilen Koalition unter dem unberechenbaren Olaf Scholz führte. Die Abstimmung im Bundestag hebt die Bremse für öffentliche Schulden für Militärausgaben über einem Prozent des BIP auf. Wie allgemein anerkannt, impliziert diese Formel, dass die Ausgaben die häufig genannte Billion Euro übersteigen könnten.

Während die Deutschen seit der Hyperinflation der Weimarer Republik vor einem Jahrhundert angesichts der Staatsverschuldung fast neurotisch reagierten, hat der Bundestag diese Paranoia überwunden und Deutschland zu einer neuen Paranoia bewogen. Die neoliberalen „Zentristen“ des Landes – die sich mittlerweile als alles andere als zentral darstellen – haben Deutschen, Europäern und dem Rest der Welt gerade mitgeteilt, dass Deutschland nun die sozialdemokratischen Standards, die es lange hochgehalten hat, zugunsten einer Kriegswirtschaft mit einem eigenen militärisch-industriellen Komplex aufgeben wird.

Man sollte dies als eine politische Katastrophe begreifen, deren Tragweite weit über die Bundesrepublik hinausreicht. Tatsächlich scheint sie das Ende einer Ära im Westen zu markieren. Und sie ist ein Schlag für jeden, der noch die Hoffnung hegte, wir könnten eine geordnete Welt jenseits der regelbasierten Unordnung erreichen, die die Menschheit derzeit heimsucht.

Verantwortlich für diesen Wandel sind jene Parteien, die in den Wochen seit der Bundestagswahl eine neue Koalition ausgehandelt haben: Merz' CDU und die CSU, der traditionelle Partner der CDU, werden ein ungewöhnliches, aber nicht ganz so ungewöhnliches Bündnis mit der SPD eingehen. Auch die Grünen stimmten für höhere Militärausgaben, wurden aber ebenso wie die SPD bei der Wahl vom 23. Februar deutlich diskreditiert und werden der

neuen Regierung nicht angehören. Ich habe keinen Deutschen getroffen, der sie vermissen würde.

Alle diese Parteien schwärmen unentwegt vom Autoritarismus ihrer Gegner – und das, obwohl sie sich gemeinsam dafür einsetzen, den 83 Millionen Deutschen eine Ära des zentristischen Autoritarismus aufzuzwingen. Sie stehen den vorherrschenden Sorgen der Wähler – den Fragen, die bei den Wahlen die Stimmen zugunsten der Opposition auswirkten – mehr oder weniger feindselig gegenüber. Dazu gehören die katastrophale Wirtschaftspolitik der Scholz-Regierung, eine zu liberale Einwanderungspolitik (die die ostdeutschen Bundesländer am härtesten getroffen hat), Berlins unangemessene Unterwürfigkeit gegenüber Brüsseler Technokraten, Deutschlands Beteiligung am amerikanischen Stellvertreterkrieg in der Ukraine und nicht zuletzt der gravierende Bruch in den Beziehungen Deutschlands zur Russischen Föderation.

Russophobie ist seit Jahren in Berlins Regierungselite spürbar – wenn nicht sogar in der Wirtschaft und anderswo. Auch diese Entwicklung nimmt nun eine völlig falsche Wendung. Es gibt nur ein Argument, zu offensichtlich, um es zu nennen, für die Wiederbewaffnung eines Landes, das sein militärisches Profil in den letzten acht Jahrzehnten bekanntermaßen eingeschränkt hat. Merz peitschte die Abstimmung vom 18. März mit ungehemmter Grobheit durch – offenbar, um eine inhaltliche Debatte zu verhindern. Er wird nun eine Regierung zwanghaft antirussischer Ideologen anführen, die Deutschland in beunruhigender Weise in die Richtung der Aggressionen der beiden Weltkriege und der spaltenden Politik der Jahrzehnte des Kalten Krieges lenken werden.

Dies steht nun auf dem Papier. Nach wochenlangen Verhandlungen veröffentlichten die konservative CDU und die nominell, aber nicht mehr sozialdemokratische SPD am 9. April ihren Koalitionsvertrag. Hier ein Auszug aus dem Abschnitt „Außen- und Verteidigungspolitik“:

Unsere Sicherheit ist heute stärker bedroht als jemals zuvor seit dem Ende des Kalten Krieges. Die größte und unmittelbarste Bedrohung geht von Russland aus, das bereits im vierten Jahr einen brutalen, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine führt und weiterhin massiv aufrüstet. Wladimir Putins Machtstreben richtet sich gegen die regelbasierte internationale Ordnung.

Wir werden alle Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Bundeswehr ihre Aufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung umfassend erfüllen kann. Unser Ziel ist es, dass die Bundeswehr einen zentralen Beitrag zur Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit der NATO leistet und eine Vorbildfunktion für unsere Verbündeten einnimmt.

Wir werden die Ukraine umfassend unterstützen, damit sie sich wirksam gegen den russischen Aggressor verteidigen und in Verhandlungen behaupten kann....

Dieser Abschnitt enthält einen leicht lesbaren Code. Die neue Koalition bereitet die deutsche Öffentlichkeit und den Rest der Welt auf den ersten Auslandseinsatz deutscher Truppen seit dem Zweiten Weltkrieg vor. Wie im ersten Artikel dieser Serie erwähnt, begann die *Bundeswehr* am 1. April mit der Verlegung einer Panzerbrigade nach Litauen, eine Woche bevor die Koalition die Bedingungen ihrer Vereinbarung bekannt gab. Dies ist der erste Schritt der neuen deutschen Militärpräsenz; es dürfte noch viel mehr folgen.

Es gibt auch die Vorstellung, Deutschland sei ein Vorbild für den Rest Europas. Meiner Ansicht nach kommt dies direkt von Merz' Seite der Koalition, angesichts seines Anspruchs, nicht nur die deutsche, sondern auch die des Kontinents zu vertreten. Tatsächlich herrscht in Europa ein Machtvakuum, das deutlicher geworden ist, seit die Trump-Regierung ihr schwindendes Interesse an dem Sicherheitsschirm signalisiert hat, unter dem die USA den Europäern lange Schutz gewährt haben. Merz und seine neuen politischen Partner haben damit Recht.

Doch wie hoffnungslos einfallslos erweisen sich Deutschlands neoliberale Eliten, wenn sie der Bundesrepublik und ihren Anhängern eine neue Bestimmung vorschlagen. Ist das nicht alter Wein in alten Schläuchen?

Meiner Ansicht nach haben diejenigen, die Deutschland führen wollen, den öffentlichen Raum so gründlich und so lange mit den Klischees der Paranoia des Kalten Krieges durchdrungen, dass sie nicht mehr den Kurs ändern können, ohne sich selbst zu diskreditieren. Sie haben, wie man so schön sagt, keinen Rückwärtsgang. Oder, um die Beobachtung eines Freundes zu zitieren, den ich im vorherigen Beitrag dieser Serie zitiert habe: Die etablierte deutsche Führung spricht schon so lange die Sprache des Siegers, dass sie keine andere mehr kennt – und das, obwohl dieser es leid ist, sie zu sprechen.

Die deutschen Wähler sind es ebenso leid, dies zu hören, wenn man die Wahlen und die verschiedenen seitdem durchgeführten Umfragen als Anhaltspunkt nimmt. Doch Merz und seine Anhänger zeigen wenig Interesse an den Präferenzen der Wähler. Ihr Leitmotiv ist, dass Deutschland und der Rest Europas innerhalb von fünf Jahren auf einen Krieg gegen Russland vorbereitet sein sollten. Das hört man mittlerweile regelmäßig. Johann Wadephul, ein erzkonservativer Bundestagsabgeordneter, der voraussichtlich Merz' Außenminister werden wird, hat eine treffende Erklärung für den Widerstand der deutschen Öffentlichkeit gegen eine solche Aussicht. Sie „verdrängen“ die Realität der russischen Bedrohung, sagte er auf einer Think-Tank-Konferenz wenige Tage vor der Bekanntgabe der neuen Koalitionsvereinbarung im letzten Monat. Sie „leugnen die Realität“.

Wadephul sprach, nachdem abtrünnige Mitglieder der CDU und der Sozialdemokraten es wagten, öffentlich vorzuschlagen, die Bundesrepublik solle doch die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Russland in Erwägung ziehen und damit die im Zuge der US-Sanktionen gegen die Russische Föderation gekündigten Energieverträge wiederbeleben. „Die größte Bedrohung für uns – für unser Leben, für das Rechtssystem, aber auch für das Leben aller Menschen in Europa – ist jetzt Russland“, sagte Wadephul seinem offenbar mitfühlenden Publikum. „Sie wollen es nicht akzeptieren.“

Als politisches Argument ist dies das dümmste, was ich seit Jahren gehört habe.

Die Russen haben diese unruhigen politischen Gewässer seit der jüngsten Bundestagswahl aufmerksam verfolgt, um das Offensichtliche klar zum Ausdruck zu bringen. Und niemand hat Moskaus Not deutlicher zum Ausdruck gebracht als Maria Sacharowa, die wortgewandte und stets scharfsinnige Sprecherin des Außenministeriums. Ich zitiere ausführlich ihre Erklärung, die sie zwei Tage nach der Bundestagswahl abgab, um das historische Gewicht zu zitieren, das sie diesem bedeutsamen Wandel im geopolitischen Denken Berlins beimisst:

Der 18. März 2025 ist ein bedeutendes Datum. ... Um es klar auszudrücken: Diese Entscheidung bedeutet den Übergang des Landes auf einen Weg beschleunigter Militarisierung.

Erweckt dies nicht ein Déjà-vu-Gefühl? ... Die Hast und die Prinzipienlosigkeit, mit der diese Entscheidung getroffen wurde, sind ein anschaulicher Beweis für den rücksichtslosen antirussischen Kurs, den die herrschenden Kreise in der Bundesrepublik Deutschland verfolgen.

Es gibt noch einen weiteren Grund. Der Mangel an Ressourcen – der Ressourcenbasis, die bis zum Ende der Nutzung russischer Energieressourcen durch Berlin auf US-Anweisung existierte – verwehrt den Deutschen die Möglichkeit, sich in dem von ihnen erwarteten Tempo zu entwickeln, auf dem ihre Wirtschaft aufgebaut war. Der interne wirtschaftliche Zusammenbruch lässt ihnen keine andere Wahl, als zu einem historisch erprobten Ansatz zurückzukehren. ... Sie scheinen jedoch die Folgen vergessen zu haben: den völligen Zusammenbruch der Nation. Dies ist wiederholt geschehen. Doch ihre Geschichtsumschreibung fordert offenbar ihren Tribut. Sie haben es vergessen.

Wie könnte man die bekannte These vom tief verwurzelten Wunsch nach historischem Revanchismus in der Genetik der deutschen politischen Eliten übersehen? Leider setzen sich solche Tendenzen jedes Jahrhundert über den gesunden Menschenverstand und sogar den Selbsterhaltungstrieb hinweg. Ist das nicht so?

Ich muss gleich sagen, dass Sacharowa leichtfertig falsch liegt, wenn sie diese neue Entwicklung auf Deutschlands genetische Veranlagung zurückführt. Sie führt [ein sogenanntes Nationalcharakter-Argument](#) an: Die Deutschen tun das, weil sie Deutsche sind und Deutsche ebenso handeln. Diese heimtückische Argumentation ist unter keinen Umständen vertretbar. Es überrascht mich, dass Sacharowa es nicht besser weiß.

Doch sie hat völlig recht mit ihrer Analyse der Strategie, die Merz und seine Partner in einer anderen unpopulären Koalition zur Verteidigung ihrer Macht verfolgen. Wie viele deutsche Ökonomen bestätigen werden, sind Russophobie und das damit einhergehende Sanktionsregime unvereinbar mit einer wirtschaftlichen Erholung. Ein neuer militärisch-industrieller Komplex – [der Abbau des Sozialapparats und die Anhäufung von Staatsschulden als dessen Nebenfolgen](#) – ist in dieser Hinsicht ein zynischer Versuch, das BIP-Wachstum anzukurbeln, ohne auf seine traditionellen Quellen zurückzugreifen.

Kurioserweise knüpft Sacharowa auch an eine ehrenwerte Tradition der deutschen Nachkriegsgeschichtsschreibung an, deren führender Vertreter der linke Gelehrte Hans-Ulrich Wehler (1931–2014) war. Wehler vertrat die Ansicht, Deutschland neige als Reaktion auf innenpolitische Unruhen – Klassenkämpfe, die Unterbrechungen der Industrialisierung vor dem Ersten Weltkrieg und das Chaos der Weimarer Zeit – immer wieder zu aggressiven Maßnahmen im Ausland. Angesichts der zunehmenden Feindseligkeit gegenüber Berlins etablierten Neoliberalen scheint das Land nun erneut diesem von Wehler beschriebenen Muster zu folgen.

Er identifizierte ein Phänomen, das er „Sozialimperialismus“ nannte – einen nach innen gerichteten Imperialismus, den die herrschenden Eliten nutzen, um politische, soziale und wirtschaftliche Gegensätze zu kontrollieren. In diesem Zusammenhang erinnern mich deutsche Freunde an Kaiser Wilhelms berühmtesten Ausspruch aus dem Jahr 1914, mit dem er die Feindseligkeiten zwischen Sozialdemokraten und Reichsanhängern beilegen wollte: „Ich kenne keine Parteien mehr. Ich kenne nur noch Deutsche.“

Von „nur Deutschen“ kann keine Rede mehr sein. Die Wahlergebnisse haben dies statistisch deutlich gemacht. Die Parteien, die die Opposition zur sogenannten Mitte bildeten, verzeichneten die stärksten Zugewinne: Die Alternative für Deutschland verdoppelte ihren Stimmenanteil auf 21 % und wurde damit auf Anhieb zur zweitstärksten Partei im Bundestag. Auch Die Linke, Die Linke und Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) konnten zulegen, wenn auch zahlenmäßig geringer. In den neuen Bundesländern waren diese Zugewinne noch deutlicher.

Hier ist Karl-Jürgen Müller, ein ausgebildeter Historiker und aufmerksamer Beobachter der Meinungsumfragen, in „[Current Concerns](#)“, einer zweimal monatlich erscheinenden Zeitschrift, die gleichzeitig auf Deutsch unter dem Titel „Zeit-Fragen“ und auf Französisch unter dem Titel „Horizons et débats“ erscheint:

Die Wahlbeteiligung war mit 82,5 Prozent so hoch wie seit fast 40 Jahren nicht mehr. Es gingen mehr „unzufriedene“ Bürgerinnen und Bürger zur Wahl. Anders ausgedrückt: Immer mehr Bürgerinnen und Bürger wollen nicht nur eine andere Politik, sie bringen das auch zum Ausdruck – diesmal mit ihrer Stimme... Oder: Viele junge Wählerinnen und Wähler zwischen 18 und 24 Jahren haben die LINKE oder die AfD gewählt: 25 Prozent für die LINKE und 22 Prozent für die AfD. Zusammen sind das fast die Hälfte aller jungen Wählerinnen und Wähler...

Diese drei [Oppositions-]Parteien, die von der Mehrheit der westdeutschen Machteliten und Medien oft an den Rand gedrängt wurden, erreichten in Ostdeutschland zusammen die absolute Mehrheit der Stimmen: 54,7 Prozent.

Die mittlerweile chronische Unbeständigkeit der deutschen Politik spiegelt sich darin wider, dass die Wähler seit den Februarwahlen praktisch ununterbrochen gewählt haben. Merz und seine Christdemokraten haben bereits vor seiner Ernennung zum Kanzler stetig an Zustimmung verloren. Und [eine Reihe von Umfragen von Anfang April](#) zeigt, dass die AfD nun Deutschlands führende Partei ist. Dies markiert eine historische Machtverschiebung weg von den traditionellen Parteien des Landes. Viele Analysten sehen darin eine weit verbreitete Missbilligung der Wähler, nachdem sie miterlebt haben, wie die CDU erneut eine erfolglose Koalition mit den Sozialdemokraten aushandelte.

Die Deutschen sind mehr oder weniger fassungslos über den Aufstieg der AfD. Doch lassen Sie uns klarstellen, warum. Die Vorstellung, die mittlerweile unbestreitbare Bedeutung einer rechten Partei signalisiere eine Art Nazi-Wiederauferstehung in Deutschland, ist mehr als absurd. Man kann alles darüber in der New York Times und anderen westlichen Medien lesen, aber in Deutschland findet man es nicht.

Die AfD wurde vor zwölf Jahren von Euroskeptikern gegründet, die sich gegen die undemokratischen Übergriffe der Brüsseler Technokraten und den unkontrollierten Zustrom von Einwanderern wandten. Sie ist „nationalistisch“, da sie die deutsche Souveränität befürwortet, und „prorussisch“, da sie den Bruch der interdependenten Beziehungen mit der Russischen Föderation als verheerend erachtet. Als die Partei Anhänger gewann, zog sie auch verschiedene rechtsextreme Elemente an – das lässt sich nicht bestreiten –, die man jedoch am besten als Rand einer einstigen Randpartei betrachtet. Nein, die Deutschen sind über den Aufstieg der AfD zu ihrer führenden politischen Partei überrascht, weil er darauf hindeutet, dass die Macht der großen Parteien nach langer Zeit zu bröckeln beginnt oder gerade erst gewichen ist. Und sie sind doppelt fassungslos darüber, dass die Parteien der Mitte sie durch eine

offen undemokratische „Brandmauer“ von der Regierung abhalten. Diese wird vermutlich bestehen bleiben, egal wie die AfD in der Öffentlichkeit aussieht.

Der deutsche Verfassungsschutz hat die AfD am Freitag, den 2. Mai, offiziell als „rechtsextrem“ eingestuft – **ein erster Schritt zu einem vollständigen Verbot**. Lassen Sie uns kurz darüber sprechen. Sollen die deutschen Bürger vor einer Partei geschützt werden, die in ihren Reihen mehr Unterstützung genießt als jede andere? Wie lächerlich wird die Merz-Clique noch? Die neoliberalen Autoritäten, die Berlin kontrollieren, sind nun dabei, Barrikaden zu errichten, um die Massen, die gemeinhin als Wähler bekannt sind, fernzuhalten.

Die Deutschen sind, gelinde gesagt, wieder einmal eine gesplante Nation. Das ist unverkennbar, wenn man unter ihnen ist. Wie so oft in den vergangenen zwei Jahrhunderten teilen sie außer der Unsicherheit über ihre Identität wenig. Um es mit Gordon Craigs Worten auszudrücken, die er von Ferdinand Freiligrath, dem Dichter der Demokratiebewegung der 1840er Jahre, ableitete, ist die Nation wieder einmal Hamlet. Autoritarismus und Russophobie der herrschenden Elite treffen auf den offensichtlichen Impuls, Demokratie von unten her zu errichten und die Bundesrepublik von den Ost-West-Feindseligkeiten der Vergangenheit – und leider auch der kommenden Gegenwart – zu befreien. Der verlorene Mann Europas ist immer noch verloren.

Maria Sacharowa äußerte in ihrem Kommentar zur Bundestagswahl etwas, das mir auffiel, weil es Einblicke in das Geschehen vor Ort in Deutschland gab, abseits der Kameras und der Aufmerksamkeit der Mainstream-Medien. „Die deutschen Bürger“, bemerkte sie, „haben immer noch die Möglichkeit, ihre eigenen Autoritäten zu hinterfragen: Was haben sie sich ausgedacht, und in welches Abenteuer wollen sie den europäischen Kontinent hineinziehen?“

Ich weiß nicht, wie Sacharowa angesichts ihrer täglichen Aufgaben im Moskauer Außenministerium zu ihrer Gewissheit in dieser Frage kommt. Aber genau das habe ich auf meinen Reisen unter Deutschen festgestellt – im Westen, ja, aber vor allem in der ehemaligen DDR. Es besteht weiterhin eine Chance, und viele Deutsche suchen danach.

■

Dresden liegt direkt an der Elbe. Am 25. April 1945 blickten sich am gegenüberliegenden Ufer alliierte und Rote Armeesoldaten an und überquerten schließlich die Elbe in einer der großen Begegnungen der letzten Tage des Zweiten Weltkriegs. Meine Begeisterung, als ich während meiner jüngsten Reportagereisen die Elbe zum ersten Mal sah, wird mich nie vergessen.

Die Steingebäude, die den berüchtigten Bombenangriff auf Dresden im Februar 1945 überstanden, sind schwarz verkohlt und verleihen der Stadt das Aussehen einer ewigen Gedenkstätte für die 25.000 Menschen, die in diesen beiden schrecklichen Nächten ihr Leben verloren. Eine davon ist die Frauenkirche, ein prächtig proportioniertes Barockbauwerk, das schwer ausbrannte. In den 1990er Jahren wiederaufgebaut, ist sie heute täglich von Touristen überfüllt.

Als ich an einem sonnigen, stürmischen Tag in der Schlange stand, um die Kirche zu betreten, stand rechts ein Mann, der die üblichen, in Zellophan verpackten Drucke verkaufte, die man an Touristenattraktionen in der ganzen Welt sieht. Mein Begleiter zeigte auf einen, der kein

malerisches Bild zeigte, sondern lediglich ein paar Zeilen in *Fraktur*, der alten deutschen Schrift.

„Lassen Sie mich das lieber übersetzen“, sagte meine Begleiterin. Sie lächelte amüsiert. Und dann ihre spontane Übersetzung: „Es reicht nicht, keine Ideen zu haben. Man muss auch unfähig sein, welche umzusetzen.“

Ich brach sofort in ein verblüfftes Gelächter aus. Welcher überaus ironische Sinn hatte das hervorgebracht? Wie viele Bedeutungsebenen musste ich noch ergründen? Warum wurde das vor einem feierlichen Ort angeboten, der zum Symbol der Versöhnung nach dem Kalten Krieg geworden ist?

Ich sah den Mann an, der in einem Klappstuhl neben seinem Warenregal saß. Er war etwa 50 oder 60 Jahre alt, mit ergrauendem blondem Haar und einem breiten Lächeln. Er hätte Zimmermann, Angestellter oder Lehrer sein können, und soweit ich weiß, war er das eine oder das andere. Unsere Blicke trafen sich. Und als meine Belustigung in unkontrolliertes Gelächter umschlug, brach er in Gelächter aus. Er schien zu glauben, ich verstünde ihn, oder er wollte, dass ich ihn verstehe: Entweder das eine oder das andere.

Das handbeschriftete Blatt, gutes Papier unter beigefarbenem Mattkarton, habe ich für 10 € gekauft. Es ist ein kleiner Schatz.

Ein gewöhnlicher Nachmittag auf einem Platz in der Dresdner Innenstadt, der fröhliche Mann und seine Behälter mit Drucken, ein kunstvoll geschriebenes Stück dazwischen malerische Bilder von Stadthäusern, Kirchtürmen, Kopfsteinpflasterstraßen: Seit jenem Tag habe ich oft an die Szene vor der Frauenkirche gedacht. Und mit der Zeit habe ich es verstanden. So sprechen die Menschen der alten DDR mit den Menschen der alten BRD. Sie sprechen mit Ironie und Verachtung – beißender Sarkasmus und bitterer Humor sind an der Tagesordnung. Man hört in ihnen, was ich in den in *Fraktur* wiedergegebenen Sätzen las : Man hört Vorwurf, man hört Ablehnung, man hört unabhängige Intelligenz, man hört Wahrheiten, die man anderswo nicht hört.

Es gibt allgemein anerkannte Methoden, die Ungleichheiten zwischen den beiden Hälften der wiederhergestellten Bundesrepublik zu messen. Die Löhne sind in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik um 25 Prozent niedriger als im Westen. Die Arbeitslosigkeit ist im Osten um ein Drittel höher als im Westen. Gute Arbeitsplätze sind in der ehemaligen DDR seltener, da die meisten der starken, mächtigen Industrien, die Deutschlands Erfolg begründeten – Stahl, Automobil, Maschinenbau, Chemie, Elektronik –, im westlichen Teil angesiedelt sind. Wie diejenigen, die in der ehemaligen DDR lebten, bereitwillig erklären werden, sind die meisten Führungspositionen im östlichen Teil – in den inzwischen privatisierten Unternehmen, den Universitäten, den Banken usw. – mit Westdeutschen besetzt.

Insofern ist „Wiedervereinigung“ nicht ganz das richtige Wort für das, was am 3. Oktober 1990 geschah. Eher sollte man sagen, dass Ostdeutschland dadurch de facto zu einer Kolonie Westdeutschlands wurde. Der Unmut, eine offensichtliche Folge, ist in den Ergebnissen vom 23. Februar deutlich erkennbar. In den ostdeutschen Bundesländern schnitten die drei bereits erwähnten Oppositionsparteien – AfD, Die Linke und BSW – im Vergleich zu den vorangegangenen Wahlen deutlich besser ab als die etablierten Parteien. Unter den Wählern sind auch einige Protestwähler, wie mir viele – nicht alle, muss ich hinzufügen – der Deutschen, mit denen ich sprach, sagten. Aber Protest ist nicht alles, was man in die Ergebnisse

hineininterpretieren kann. Die Wähler in der ehemaligen DDR sind auf der Suche nach einer neuen nationalen Ausrichtung auch leidenschaftlicher als im Westen.

Ich komme noch einmal auf Fragen der Identität und des Bewusstseins zurück. Die Ostdeutschen waren nie jenen schicksalhaften Amerikanisierungsprogrammen unterworfen, die die Nachkriegs-BRD während des Kalten Krieges erdulden musste. Es gab keine Loslösung von der Realität wie in der Bundesrepublik. Diese andere Erfahrung hatte tiefgreifende Folgen. Die Ostdeutschen waren im Gegensatz zu den Westdeutschen nicht sozusagen von sich selbst getrennt; ihre Identität blieb vergleichsweise ungestört. Wie die Ostdeutschen oft erklären, entwickelten sie während der DDR-Jahre ein anhaltendes Misstrauen gegenüber Autoritäten. Doch hier gibt es ein Paradoxon: Gerade in ihrem Widerstand gegen den ostdeutschen Staat bewahrten die Ostdeutschen, wer sie waren, was sie zu Deutschen machte. Und es sind dieses Misstrauen und dieser Widerstand, die ihre heutigen Ansichten und Einstellungen gegenüber Berlin und dem Westen Deutschlands prägen – ihre Verachtung, ihre Ablehnung. Mehr als ein Ostdeutscher sagte mir, er betrachte das zentristische Regime in Berlin als eine weitere Diktatur.

Eine Autostunde östlich von Dresden, über weite Ebenen ehemaliger Kolchosen, erreicht man die sächsische Stadt Bautzen. Die Franzosen sprechen gemeinhin von „*la France profonde*“, wörtlich „tiefes Frankreich“ – dem unberührten Frankreich der alten Dörfer und Bauernhöfe. Bautzen, so scheint es, liegt in dem, was wir als tiefes Deutschland bezeichnen können. In diesem Ort und seinen Menschen findet man eine andere Vorstellung von Deutschland – lebendig und gesund genug, genau jenes Deutschland, das die neoliberalen Zentristen in Berlin offenbar auslöschen wollen.

Bautzen mit seinen 38.000 Einwohnern hat eine wechselvolle Geschichte. Die Anfänge reichen bis ins frühe 11. Jahrhundert zurück, und heute zeigt man sich stolz von seinen mittelalterlichen Ursprüngen. (Wenn Sie mittelalterliche Türme mögen, sind Sie hier richtig: Ein Dutzend davon markieren noch heute die Grenzen der Stadt.) Das Dritte Reich betrieb hier ein Konzentrationslager, das Teil des Groß-Rosen-Netzwerks war. Die Rote Armee befreite das Bautzener Außenlager am 20. April 1945, fünf Tage bevor sowjetische Truppen an der Elbe auf die Alliierten trafen. Von 1952 bis zum Fall der Berliner Mauer nutzte die ostdeutsche Stasi das ehemalige Lager als berüchtigtes Gefängnis, das wegen der Farbe seiner Mauern den Spitznamen „Gelbes Elend“ erhielt.

Zu DDR-Zeiten begannen die Bautzener mit sogenannten „Montagnachtdemonstrationen“ am Gelben Elend. Diese wöchentlichen Veranstaltungen zogen in ihrer größten Form bis zu 5.000 Menschen an und hatten einen einheitlichen Slogan. „Wir sind das Volk“ kann nur im historischen Kontext richtig verstanden werden. Die DDR präsentierte sich als „Volksdemokratie“ oder „Volksrepublik“. Die bei den Protesten vor dem Stasi-Gefängnis montags skandierten Worte waren eine treffende Antwort, wobei die Betonung in der Übersetzung auf dem ersten Wort liegt: „*Wir sind das Volk.*“

Zum Abschluss meines Besuchs in Bautzen traf ich mich zum Abendessen mit einigen der Organisatoren dieser Demonstrationen. Wir trafen uns in einem höhlenartigen Restaurant, das einst ein Kloster war. Die Kellner trugen Mönchskutten, und die Speisekarte bot (ob gut oder schlecht) mittelalterliche Gerichte. Auch das Bier (wohl gut) stammte nach einem alten Rezept – ein kräftiges rotes Gebräu, serviert in einfachen Tonkrügen. Ich weiß nicht, ob unsere Gastgeber das beabsichtigten, aber der Mönchshof zu Bautzen, wie das Lokal hieß, erinnerte

entfernt an ihr Projekt. Es ging darum, wiederzuentdecken, was es bedeutet, authentisch deutsch zu sein – nicht in irgendeiner nativistischen oder reaktionären Weise, sondern als Selbsterhaltungstrieb, als Abwehr gegen den Neoliberalismus, den Berlin fördert.

Die Montagsdemonstrationen waren während der DDR-Jahrzehnte weit verbreitet und erreichten in Dresden, Leipzig und anderen Städten sechsstellige Teilnehmerzahlen. Sie finden auch heute noch statt, wenn auch in deutlich geringerem Umfang. Und der Slogan ist immer noch aktuell: „Wir sind das Volk“ ist in gewisser Weise immer noch eine Reaktion auf die Machtansprüche in Berlin. Mithilfe eines Dolmetschers fragte ich die Anwesenden an unserem Tisch, einer Ansammlung grob behauener Bretter, nach ihrer politischen Einstellung. „AfD? Die Linke? Sahra Wagenknechts BSW?“ Letztere ist eine linkspopulistische Abspaltung der Linken.

„Wir interessieren uns nicht für die politischen Parteien, für keine von ihnen“, sagte einer meiner Gastgeber. „Wir denken auch nicht in den Kategorien ‚links‘ und ‚rechts‘. Wir kommen auf der Grundlage von Fakten zusammen. Wir versuchen, eine Volksbewegung aufzubauen.“

Der Ausdruck – wie soll man das sagen? – flößte kein Vertrauen ein. Für ein amerikanisches Ohr suggerierte „eine Volksbewegung“, ich säße an einem Tisch mit Träumern in einer von wer weiß wie vielen Städten, denen die Wiedervereinigung geschadet hatte. Als ich Karl-Jürgen Müller, dem bereits zitierten deutschen Politikstudenten, darauf ansprach, antwortete er: „Sie sehen die Spitze eines Eisbergs. Unter der Oberfläche verbirgt sich noch viel mehr davon.“

Dies schien im Laufe des Abends der Fall zu sein, als die Anwesenden mir von den Konferenzen und Kongressen erzählten, die sie regelmäßig mit anderen Gemeinschaften organisieren. Hinten in dem Notizbuch, das ich an diesem Abend benutzte, fand ich eine gut gemachte Faltbroschüre, die einen „Kongress Frieden und Dialog“ in Liebstedt ankündigte, einer thüringischen Stadt in der Nähe von Weimar, 260 Kilometer entfernt.

Ich hatte im Laufe meiner Recherchen schon oft die gleiche Frustration über die traditionelle deutsche Parteipolitik gehört. Ich möchte damit nicht einen drohenden landesweiten Aufstand suggerieren. Was ich vor Ort sah, erschien mir im Entstehen, als wäre es nur eine Andeutung und nicht mehr eine mögliche Zukunft. Auf der Rückfahrt von Bautzen nach Dresden musste ich an etwas denken, das Dirk Pohlmann, der Rundfunkjournalist und Dokumentarfilmer, bei unserem Gespräch in Potsdam gesagt hatte. „Wir befinden uns auf dem Höhepunkt einer tektonischen Verschiebung“, sagte er mir. „Die Grünen sind erledigt. Die Freien Demokraten [unter den anderen großen Verlierern im Februar] sind erledigt. Die großen Parteien sind schwach. Die Menschen suchen nach Einheit in der Frage von Richtig und Falsch. ‚Links‘ und ‚rechts‘ haben damit nichts zu tun.“

„Vielleicht“ ist meine Meinung zu dieser Frage.

Pohlmann und meine Gesprächspartner in Bautzen erklärten ein weiteres Rätsel – die seltsame „Wählerwanderung“, die sich im Februarwahlergebnis abzeichnete: Sozialdemokraten wechselten zur AfD, Christdemokraten zu Die Linke und BSW, Wähler der Linken zur AfD. Als die ersten Ergebnisanalysen veröffentlicht wurden, schien es undurchschaubar – Deutschland als eine Art Irrenhaus der Wanderer. Doch nach meiner Zeit in Bautzen begriff ich: Ja, es ist eine Nation der Wanderer, aber auch eine der Suchenden. „Wir alle suchen unser Land“,

hatte Dirk gesagt. Es war noch zu früh in meinem Aufenthalt unter Deutschen, und ich hatte diese wahre Wahrheit damals noch nicht verstanden.



Patrick Lawrence

Patrick Lawrence, langjähriger Auslandskorrespondent, hauptsächlich für die *International Herald Tribune*, ist Medienkritiker, Essayist, Autor und Dozent. Sein neues Buch „*Journalisten und ihre Schatten*“ ist jetzt bei [Clarity Press](#) erschienen. Seine Website lautet [Patrick Lawrence](#). Unterstützen Sie seine Arbeit über [seine Patreon-Seite](#).

[Autorensseite](#)